Rede des Genossen Ernst Aust: "Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie" Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 23. November 1974 — 8. Jahrgang — 50 Pfennig

Tausende am Grab des Genossen Holger Meins

Weg mit Vernichtungshaft und Isolationsfolter!

Tausende standen in Hamburg am Grab des im Gefängnis zu Tode gefolterten RAF-Genossen Holger Meins. Ein Riesenpolizeiaufgebot, darunter die speziell auf Bürgerkrieg gedrillten MEK-Mordkommandos, zeigte die Angst der herrschenden Klasse. Am Vormittag und am Nachmittag folgten Tausende dem Aufruf der KPD/ML und anderer Organisationen und demonstrierten unter den Losungen: „Holger Meins von der bürgerlichen Klassenjustiz ermordet! Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft! Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen! Freiheit für die Gefangenen der RAF! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz! Im Kampf gegen den mörderischen Imperialismus vorwärts zur sozialistischen Revolution!"

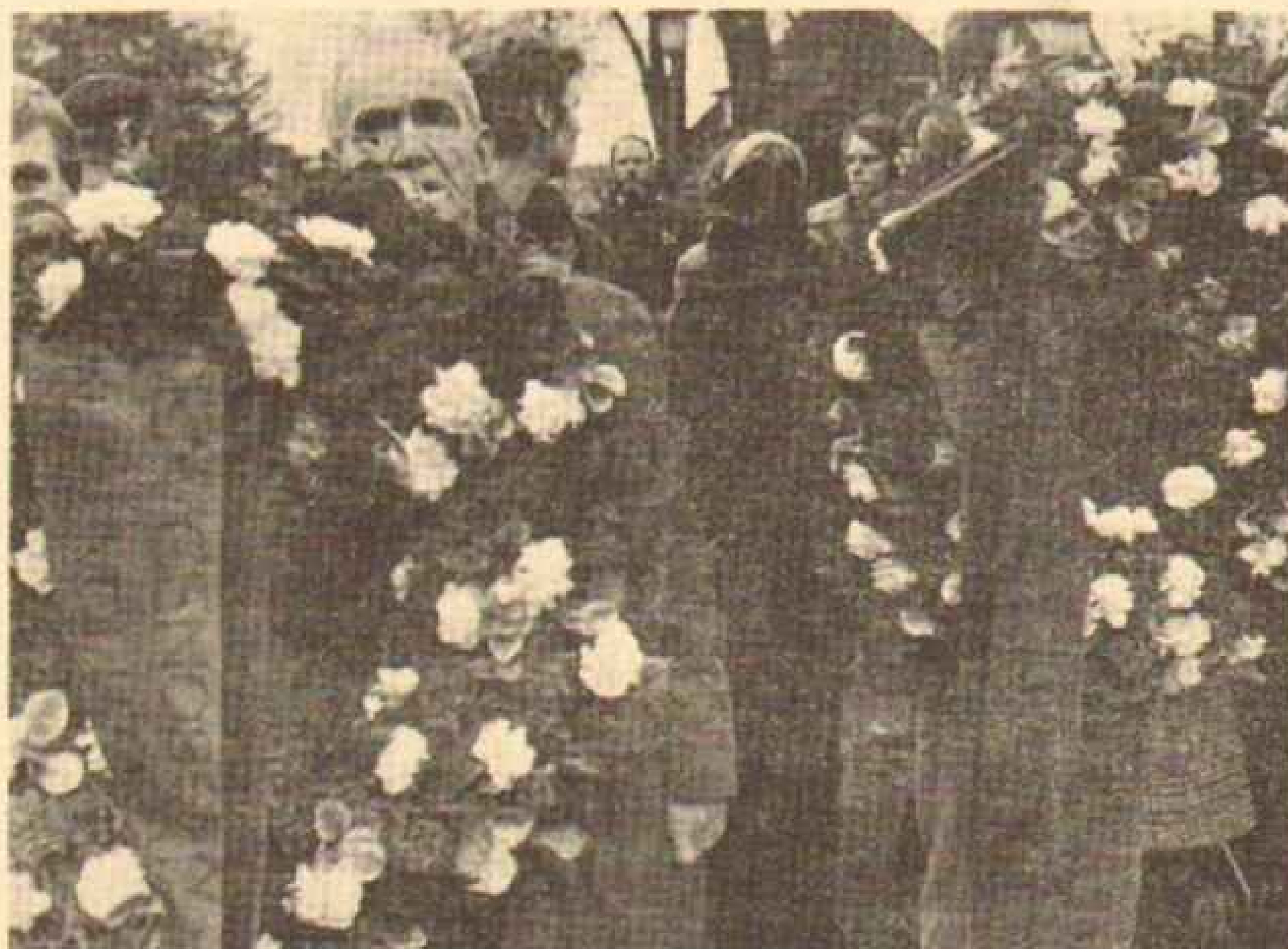
Zum zweitenmal in diesem Jahr standen Tausende am Grab eines von der Bourgeoisie ermordeten Revolutionärs. Wie die Beerdigung des Genossen Günter Routhier wurde auch das Begräbnis des Genossen Holger Meins zur Manifestation der Empörung und des Hasses gegen den Terror der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates, zur Demonstration der Entschlossenheit, für den gewaltsamen Sturz der Kapitalistenklasse, für den Sieg der sozialistischen Revolution zu kämpfen.

Die Hetze der Bourgeoisie konnte nicht verhindern, daß in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin eine breite Solidaritätsfront gegen den Mord der bürgerlichen Klassenjustiz an Holger Meins, gegen Vernichtungshaft und Isolationsfolter, für die Freiheit aller politischen Gefangenen entstand.

Regierung und bürgerliche Klassenjustiz versuchen, die Hinrichtung Drenkmanns zu benutzen, um von ihrem Verbrechen abzulenken. Sie versuchten, diesen hohen Funktionär ihres Gewaltapparates als einen „Menschen wie Du und ich" hinzustellen, um zu suggerieren, daß die revolutionäre Gewalt, durch die Drenkmann gerichtet wurde, das Volk bedrohe. Der Versuch, die revolutionäre Gewalt als „volksfeindlich" zu diffamieren, ist nicht neu: So versuchte die Bourgeoisie 1972, die Stuttgarter Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen (Fenster öffnen, nicht auf die Straße gehen), weil angeblich die RAF angekündigt hatte, in Stuttgart Bomben zu legen; vor der Fußballweltmeisterschaft tauchte in der gesamten bürgerlichen Presse ein leicht als Fälschung zu identifizierenderDrohbrief auf, in dem angeblich die RAF ankündigte, bei einem großen Fußballspiel das Hamburger Volksparkstadion mit Raketen zu beschießen.

Dem Versuch, die revolutionäre Gewalt bei den Massen als volksfeindlich zu diffamieren und so die revolutionären Organisationen, insbesondere die Kommunistische Partei, von den Massen zu isolieren, entsprechen die salbungsvollen Aufrufe aller bürgerlichen Parteien einschließlich der D„K"P und des DGB-Apparates zum „Zusammenschluß aller Demokraten zur Verteidigung des Rechtsstaates gegen den Terrorismus". Der Westberliner Oberbürgermeister Schütz: „Dieses Staatswesen wird gemeinsam verteidigt, gemeinsam geschützt, und das sehr entschlossen."

Bei dieser Demagogie stützt sich die Bourgeoisie natürlich auf die Tatsache, daß die RAF die revolutionäre Gewalt weitgehend losgelöst von den Massen im Klassenkampf angewandt hat und daß die RAF-Aktionen dementsprechend auf relativ wenig Verständnis unter den



Die KPD/ML legt Kränze am Grab des Genossen Holger Meins nieder

Fortsetzung auf Seite 10

Gelsenkirchener Gesundheitsdirektor:

"Was haben Salmonellen mit Typhus zu tun?"

Die Typhus-Epidemie breitet sich, wenn auch in langsamerem Tempo, weiter aus. 354 erfaßte Typhuskranke allein in Baden-Württemberg, neue Krankheitsfälle auch in anderen Städten des Bundesgebietes. So erkrankte zum Beispiel Anfang der letzten Woche in Bochum ein Student, der in einem Wohnheim lebt und infizierte auch seine Freundin, Sozialarbeiterin in einem Altersheim. Die Bevölkerung dieser Städte ist beunruhigt, daß sich die Epidemie, ähnlich wie in Baden-Württemberg, ausweiten könnte. Solche Befürchtungen sind keineswegs das Ergebnis einer unerklärlichen Hysterie, wie die Gesundheitsämter und Professoren behaupten, sondern bestehen völlig zu Recht.

Hier ein Beispiel für viele. Kurz nachdem in Bochum die beiden akuten Typhusfälle aufgetreten waren, wurde in Gelsenkirchen, einer Nachbarstadt Bochums, ein Patient in ein Krankenhaus eingeliefert, dessen Symptome eine Typhuserkrankung nicht ausschlossen. Ein verantwortungsbewußter Arzt rief deshalb beim Gesundheitsamt in Gelsenkirchen an, um sich zu erkundigen, ob die bisherigen Krankheitsbilder der Typhusfälle bereits zusammengefaßt seien, ob man ihm also charakteristische Symptome bzw. den Salmonellentyp sagen könne. Daraufhin der Mediziner des Gesundheitsamtes: „Was hat Typhus mit Salmonellen zu tun?" Das, wo besonders nach den Erkrankungen in der letzten Zeit bald jeder Laie weiß, daß die Krankheitserreger für Typhus Salmonellen sind. Als der Arzt sich schließlich noch erkundigte, welche Vorbeugemaßnahmen getroffen würden, ob z.B. an Schluckimpfung gedacht sei, fuhr der Angestellte des Gesuhdheitsamtes ihn an: „In Gelsenkirchen gibt es keinen Typhus!" und brach das Gespräch einfach ab.

Fortsetzung auf Seite 2

Israel:

Das Volk kämpft gegen die Ausplünderung durch die Zionisten

Mit Streiks und Kampfaktionen antworteten die Werktätigen in Israel auf das jüngste „Sparprogramm" der zionistischen Regierung. Durch die erneuten Preissteigerungen sollen die Werktätigen in Israel noch mehr ausgepreßt werden für die aggressive und expansionistische Kriegspolitik der israelischen Zionisten. Dagegen haben sich Tausende erhoben.

Im Elendsviertel von Tel Aviv, Hatikva, demonstrierten tausende Werktätige. **Die Demonstranten zogen durch die Straßen, wobei es zu Zusammenstößen mit einem Polizeiaufgebot kam, das die Zionisten gegen die protestierenden Werktätigen gehetzt hatten. Die Demonstranten warfen Benzinflaschen und Steine gegen die anrückende Polizei. Mehrere Polizisten wurden verletzt. Nur mit großen Polizeikräften gelang es, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Über 90 Personen wurden verhaftet.** In der Allenby Straße zertrümmerten Demonstranten zahlreiche Schaufensterscheiben. Geschäfte wurden ausgeräumt. Auch eine Bank in der Straße wurde angegriffen. Die Demonstranten gingen dann gegen eine Omnibusstation der öffentlichen Verkehrsmittel vor, deren Fahrpreise ebenfalls drastisch erhöht worden waren.

In mehreren Städten wurde gestreikt. In Tel Aviv traten die Angestellten des staatlichen Rundfunks in einen einstündigen Streik, auch die Beschäftigten der Flughäfen traten in einen kurzen Ausstand. In der Hafenstadt Aschdod lag der Hafen still, die Industriebetriebe waren verlassen. Die werktätigen Massen versammelten sich zu tausenden vor dem Rathaus und den Regierungsämtern und riefen Parolen gegen die Politik der immer schärferen Ausraubung der Werktätigen.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Bonn unterstützt Rassistenregime...S.2
Arafat vor der UNO....................S.2
Betriebsrat unterschlägt Gewerkschaftsbeiträge S.2
GRF-Führer: Im Namen der „Menschlichkeit" gegen die Kollegen..........S.3
Die Führer von GRF und „Liga"; Mit Ausschluß gegen revolutionäre Mitglieder S.4
35. Todestag Dr. Bethunes........ S.4
Solidaritätsresolutionen S.5
Hexenjagd gegen Rechtsanwälte.....S.5
Zur Hinrichtung Drenkmanns.........S.5
Rede des Genossen Ernst Aust.....S.6/7
„Wir wollen unser Fräulein weiterbehalten." S.8
Türkische Genossen im Hungerstreik..............................S.8
Japan: Massendemonstrationen......S.9
Kambodscha/Vietnam: Verstärkter Kampf gegen die USA..S.9
Kämpfe in der DBR gegen die Ermordung von Holger Meins... ....S.10

Südafrikanische Rassisten aus der UNO ausgeschlossen

Bonn unterstützt Rassistenregime

Mit überwältigender Mehrheit hat die UNO-Vollversammlung am 13. November beschlossen, die Vertreter des rassistischen, faschistischen Regimes von Südafrika von allen Beratungen der Vollversammlung in dieser Sitzungsperiode auszuschließen und ihnen das Stimmrecht zu entziehen. Die Vertreibung des Rassistenregimes von Südafrika von der diesjährigen Sitzungsperiode der UNO ist ein großer Sieg der Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus.

Dieser Sieg wurde im Kampf gegen die imperialistischen Mächte, vor allem den USA-Imperialismus, errungen, die sich verzweifelt bemühten, den Ausschluß der Rassisten zu verhindern. Schon am 30. Oktober hatten verschiedene afrikanische Staaten im Sicherheitsrat der UNO gefordert, das Rassistenregime für immer aus der UNO auszuschließen. Obwohl dieser Antrag von der großen Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates befürwortet wurde, nutzten die USA-Imperialisten ihr Vetorecht, um gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien, den Ausschluß zu verhindern. Aber auch durch dieses Manöver konnten die Imperialisten nicht verhindern, daß in der Abstimmung der Vollversammlung nur 22 Staaten gegen den Ausschluß des südafrikanischen Regimes in dieser Sitzungsperiode stimmten, darunter die USA, die Bundesrepublik und alle anderen EG-Staaten.

Das rassistische Regime in Südafrika unterdrückt die Völker von Azania und Namibia seit langem grausam, es hat das ganze Land in ein einziges KZ zur Niederhaltung der afrikanischen Bevölkerung verwandelt. In den Städten z. B. werden die Afrikaner in Ghettos zusammengepfercht, die von meterhohen Mauern umgeben sind und ständig von schwerbewaffneten Polizisten bewacht werden. Als Ende Oktober die afrikanischen Arbeiter mehrerer Goldgruben für höhere Löhne streikten, wurden sie von der Polizei mit Hunden, Knüppeln und Tränengas angegriffen; die Polizisten ermordeten zwei Arbeiter und verletzten sechzehn. Seit Jahren halten die südafrikanischen Rassisten das Territorium von Namibia besetzt, sie haben ihre Truppen nach Simbabwe geschickt, um das Smith-Regime zu unterstützen und sie haben die Befreiungsorganisationen in Mosambik und Angola überfallen, um den revolutionären Volkskrieg zu unterdrücken.

Das konterrevolutionäre Regime in Pretoria wird seit jeher von den Imperialisten, vor allem den USA-Imperialisten, als Bastion für Subversion und Aggression gegen den Kampf der Völker Afrikas für Unabhängigkeit und nationale Befreiung unterstützt. Erst vor kurzem vereinbarten die USA-Imperialisten neue Waffenlieferungen, Schiffe der britischen Flotte statteten Kapstadt einen Freundschaftsbesuch ab und die westdeutschen Imperialisten lieferten Panzerabwehrwaffen und schwere Militärlastwagen nach Pretoria. Die imperialistischen Monopole plündern die Reichtümer des Landes an Gold, Uran, Eisenerz und seltenen Metallen hemmungslos aus.

Die Völker von Namibia und Azania haben sich seit langem zum Kampf gegen das Rassistenregime erhoben. Geführt von ihren Befreiungsorganisationen, haben sie den bewaffneten Kampf begonnen und dem Regime schwere Schläge versetzt. Die großartigen Erfolge der Völker von Angola und Mosambik haben sie angespornt, weiter im bewaffneten Kampf auszuharren, auch wenn jetzt die Rassisten scheinheilig einen sogenannten „Unabhängigkeitsplan" präsentieren, der in Wirklichkeit die afrikanische Bevölkerung in Reservate sperren soll. Die südafrikanischen Rassisten werden niemals aus eigenem Antrieb von der Bühne der Geschichte abtreten. **Vor einem UNO-Ausschuß erklärte ein Vertreter des „All-Afrikanischen Kongresses von Azania", daß ein Volk, welches sich um eine revolutionäre Ideologie vereinigt, jeden Feind, egal wie mächtig er ist, durch die unbezwingbare Macht des Volkskrieges besiegen kann. Die Völker von Namibia und Azania sind entschlossen, diesen Weg bis zum Sieg zu gehen.**

Israel:

Das Volk kämpft gegen die Ausplünderung durch die Zionisten

Fortsetzung von Seite 1

Die gegenwärtige Preissteigerung, die die zionistische Regierung am 12. November beschlossen hat, ist in diesem Jahr bereits die dritte Verteuerung durch Regierungsbeschluß. **Seit dem Januar dieses Jahres sind die Preise z. B. für Margarine und Milch um 300 %, für Brot um 260 % und für Zucker um 520 % gestiegen. Benzin ist 400 % teurer geworden. Für die breiten Massen der Werktätigen bedeutet das, daß sie bis zur völligen Erschöpfung arbeiten müssen, aber ihre Kinder dennoch Hunger leiden.**

Diese verschärfte Ausplünderung der Werktätigen in Israel ist ein fester Bestandteil der zionistischen Politik der Aggression und Expansion gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker. Die Militarisierung der gesamten israelischen Wirtschaft, die ständige Ausweitung der Rüstungsproduktion, die Waffenkäufe für zig-Milliarden im Ausland hat schon seit Jahren den völligen Bankrott der zionistischen Wirtschaft herbeigeführt. Nur durch die Ausbeutung der werktätigen Massen bis aufs Blut und durch die Milliarden Unterstützungshilfe des US-Imperialismus können die Zionisten die israelische Wirtschaft überhaupt noch aufrechterhalten. Für die Massen in Israel aber heißt das, daß sie zum Kanonenfutter der Zionisten gemacht werden und darüber hinaus diese Kanonen mit elenden Lebensbedingungen bezahlen sollen.

Diese brutale Ausplünderung der werktätigen Massen verschärft die Klassenwidersprüche in Israel ständig und fordert den offenen Widerstand der Werktätigen heraus. **Dabei wird immer deutlicher – entgegen der Demagogie der Zionisten und Imperialisten – daß die Interessen der jüdischen werktätigen Bevölkerung in Israel im unversöhnlichen Gegensatz stehen zu der aggressiven und expansionistischen Politik der Zionisten, die diese im Auftrag und mit Unterstützung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gegen die arabischen Völker durchführen.**

Je mehr sich der Kampf der israelischen Bevölkerung gegen die zionistischen Herrscher entwickelt, desto eher wird diese blutrünstige und machtgierige Bastion gegen die Völker fallen.

„Die UNO muss ihre ungerechte Haltung zur Palästinafrage ändern!"

Als Vertreter des palästinensischen Volkes hat der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Yassir Arafat, die UNO-Debatte über die Palästina-Frage eröffnet. Die überwältigende Mehrheit der UNO-Mitgliedsländer hatte beschlossen, daß das erste Wort in der Debatte dem palästinensischen Volk gebührt.

In seiner Rede ging Yassir Arafat auf den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes ein. Er erhob die berechtigten Forderungen seines Volkes auf Selbstbestimmung, auf das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihr Heimatland und die Errichtung eines palästinensischen Staates.

Er betonte, daß in diesem Palästina von morgen Platz sei für alle „jetzt in Palästina lebenden Juden, die mit uns in Frieden und ohne Diskriminierung leben wollen." Und er forderte die UNO-Mitgliedsländer auf, diesen gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

Daß das palästinensische Volk vor der UNO-Vollversammlung seine Stimme erheben konnte, ist ein großer Erfolg seines Kampfes und ein wichtiger Schritt für die internationale Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Denn noch immer bestehen die Resolutionen und Beschlüsse der UNO, die die Probleme des palästinensischen Volkes lediglich als „Flüchtlingsfrage" behandeln.

Die Palästinenser aber sind ein Volk, mit einem eigenen Territorium. Seit jeher hat ihm dieses Territorium gehört, von dem die israelischen Zionisten es gewaltsam vertrieben haben und das die Zionisten heute besetzt halten. Daher kann es keine Lösung des Palästina-Problems sein, wenn das palästinensische Volk sich mit einem Streifen Land begnügen soll, mit dem Preis der Anerkennung Israels. Wie kann das palästinensische Volk als Recht anerkennen, daß eine fremde Macht einen Teil seines Territoriums unrechtmäßig besetzt hält? Die Palästina-Frage kann nur gelöst werden, indem die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes voll und ganz wiederhergestellt werden und die zionistische Herrschaft gebrochen wird.

Der Leiter der chinesischen Delegation, Tjiao Guan-Hua, sagte in seiner Rede zu Beginn der Generaldebatte der UNO-Vollversammlung: „Wir hoffen, **daß die UNO ihre seit langem bestehende ungerechte Haltung zur Palästinafrage berichtigt, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt und die Wiederherstellung dieser Rechte unterstützt. Aber die historischen Tatsachen verdienen Beachtung. Man darf sich keinen Illusionen über die Resolutionen der UNO hingeben. Letztlich können die arabischen Länder ihre verlorenen Territorien und das palästinensische Volk seine nationalen Rechte nur gestützt auf die eigene enge Geschlossenheit und den beharrlichen Kampf und mit Unterstützung seitens der Völker der Welt wiedergewinnen.'**

Nicht Resolutionen, sogenannte „Friedensverhandlungen" unter Aufsicht der beiden Supermächte, sondern nur der beharrliche Kampf wird die Palästinenser zum Sieg führen. Das bestätigte indirekt auch noch einmal die Rede des UNO-Delegierten der Zionisten, Tekoa. Israel, sagte er, werde nicht die Errichtung der Autorität der Organisation für die Befreiung Palästinas auf irgendeinem Teil Palästinas gestatten. Israel werde neben seinen Bemühungen auf dem Verhandlungsweg auch Mittel finden, um seine Sicherheit zu garantieren. Er ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß dieses Mittel die aggressive und expansionistische Politik der Verewigung der Okkupation arabischer Gebiete ist.

Und die israelischen Zionisten haben auch praktisch die Ernsthaftigkeit dieser Drohung bewiesen. Keine 24 Stunden nach der Rede Tekoas überfielen israelische Truppen mehrere Dörfer im Südlibanon und beschossen Palästinenserlager mit Artillerie.

Ihr eigenes Vorgehen zeigt, daß das Gerede der beiden Supermächte und der anderen Imperialisten von „friedlichen Lösungen" Lügen und Täuschungsmanöver sind. Und es bestätigt, daß das palästinensische Volk nicht durch Resolutionen seine nationalen Rechte wiedererlangen wird, sondern nur durch die gewaltsame Niederringung seiner Feinde.



Bewaffneter Kampf – der einzige Weg des palästinensischen Volkes zu seiner Befreiung.

Gelsenkirchener Gesundheitsdirektor: "Was haben Salmonellen mit Typhus zu tun?"

Fortsetzung von Seite 1

tembergischen Gesundheitsbehörde besaß den Zynismus, angesichts von über 400 Erkrankungen und 5 Toten zu erklären, die Epidemie habe schließlich auch ihre guten Seiten. Man könne allgemein feststellen, daß jetzt mehr auf Sauberkeit geachtet werde!

Nach wie vor wird versucht, das Auftreten und die Ausbreitung dieser Epidemie als Ausnahme hinzustellen, um die Bevölkerung zu beschwichtigen, die in den letzten Wochen praktisch überall auf die Gleichgültigkeit der Gesundheitsbehörden und die völlige Unfähigkeit des kapitalistischen Gesundheitssystems stieß. Aber eine Ausnahme sind bei uns nicht die Epidemien, sondern lediglich das Auftreten solcher Seuchen, wie sie normalerweise heute stärker in den Entwicklungsländern auftreten. So stehen zum Beispiel den relativ niedrigen Typhuserkrankungen pro Jahr – wie sie uns immer wieder vorgehalten werden – allein 113 000 tödliche Opfer des Herzinfarkts pro Jahr gegenüber! Diesen modernen Seuchen aber, die jährlich hunderttausende Werktätige hinraffen, sind nicht weniger als die jetzt aufgetretene Typhusepidemie das Ergebnis des kapitalistischen Gesundheitssystems, das für die Werktätigen weder Vorbeugung noch ausreichende medizinische Versorgung kennt.

Kurz berichtet

GELSENKIRCHEN:

Am Samstag, den 16.11.74, versammelten sich fast 1 000 Freunde und Genossen auf einer Solidaritätsveranstaltung mit dem spanischen Generalstreik, zu der die FRAP und die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft aufgerufen hatten. Auf besonders große Begeisterung stieß die Rede eines Vertreters der FRAP, der über die breiten und militanten Kämpfe in Spanien berichtete. Nach diesem Genossen sprach ein Vertreter der republikanisch-demokratischen Aktion in Spanien, der betonte, daß sich die republikanische und liberale Bewegung ebenfalls enger mit der FRAP zum Kampf für die Föderative Volksrepublik Spanien zusammenschließt. Die traditionsreiche Freundschaft zwischen dem spanischen und dem deutschen Volk dokumentieren sich vor allem in dem Beitrag eines Genossen, der in den Internationalen Brigaden am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hatte. Ein Hamburger Altkommunist überreichte der FRAP ein Foto des Rotfrontkämpferbundes, in dem er seit 1917 gekämpft hatte.

Diese Beiträge auf der Veranstaltung wurden immer wieder unterbrochen von dem gemeinsamen Ruf: „FRAP, FRAP, FRAP – Guera Popular!" (FRAP – Volkskrieg!) Begeistert aufgenommen wurden auch die Beiträge der Agit-Proptrupps der Partei aus Dortmund, Hamburg und Gelsenkirchen, die Lieder aus dem spanischen Bürgerkrieg sangen. Eine Sammlung zur Unterstützung des Generalstreiks in Spanien erbrachte 3 000 DM.

LEVERKUSEN:



Bei Bayer Leverkusen erschien jetzt die erste Nummer der Betriebszeitung der KPD/ML für Bayer, „Klassenkampf". Der Leitartikel dieser Nummer erklärt den Kollegen kurz das Programm unserer Partei und fordert die Kollegen auf, die neue kommunistische Betriebszeitung zu unterstützen. Ein Artikel zur anstehenden V-Leutewahl entlarvt die Zusammenarbeit zwischen Bayer, Betriebsrat, IG Chemie – aber auch der D„K"P und stellt die Forderung nach klassenkämpferischen V-Leuten.

In anderen Artikeln geht die Zelle unter anderem auf die Abteilungsversammlungen der letzten Zeit, auf die politische Entlassung eines kommunistischen Kollegen und auf die Eingemeindungsaktion „Lev muß leben!" ein.

HAMBURG:

Soldaten des Soldatenkomitees der Röttiger Kaserne (Hamburg Fischbek) und der Estetalkaserne (Buxtehude) sandten uns eine Solidaritätsadresse mit dem ehemaligen Soldaten Klaus Öllerer, der wegen „Wehrkraftzersetzung" vor das bürgerliche Klassengericht gestellt werden soll. Die Soldaten betonen in ihrer Adresse, daß sie für den Freispruch des Genossen kämpfen werden und versichern, daß sie in ihren Einheiten die revolutionäre antimilitaristische Arbeit weiterführen werden.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben) Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

GRF-Führer:
Im Namen der "Menschlichkeit" gegen die Kollegen

Einen Sockelbetrag von 50 DM plus 6 % und 300 DM Urlaubsgeld hat der ÖTV-Hauptvorstand als Forderung für die kommende Tarifbewegung aufgestellt. Diese Forderung ist so niedrig, daß durch sie nicht einmal die Inflationsrate aufgefangen wird. Bereits diese Forderung, die der ÖTV-Apparat den Mitgliedern aufzwingen will, würde, auch wenn sie voll gezahlt würde, im Endeffekt für die Kollegen eine absolute Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten.

1 % Gehaltserhöhung würde das Defizit des Bundeshaushaltes um 1,3 Mrd. vergrößern – mit solchen Milchmädchenrechnungen versucht Bundesfinanzminister Apel Stimmung gegen die berechtigten Forderungen der ÖTV-Kollegen zu machen. Nur sind es nicht die Löhne der Kollegen des „Öffentlichen Dienstes", für die die Kollegen Tag für Tag schuften müssen und mit denen sie häufig trotzdem kaum über die Runden kommen, die das Bonner Milliardenloch verursachen. Das Loch im Bonner Haushalt, das sind die Milliardensubventionen für die Kapitalisten, das sind die Milliarden, die in die Kriegsproduktion gesteckt werden, die Milliarden, mit denen die Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppen der Kapitalisten finanziert werden, die Milliarden für die Besatzertruppen usw. Aber diese tatsächlichen Ursachen kann der imperialistische Staat, der ein Instrument des Monopolkapitals zur Unterdrückung und Ausplünderung des werktätigen Volkes ist, nicht beseitigen.

So will denn auch die Bonner Regierung gemeinsam mit dem ÖTV-Apparat in der ÖTV-Tarifbewegung ein Exempel statuieren. Mit einem Abschluß, der noch unter dem Stahlabschluß liegen soll, sollen auch die Weichen für den Lohnabbau in anderen Industriezweigen gestellt werden.

Gleichzeitig beschwört die Bonner Regierung und die bürgerliche Presse die „großen Belastungen", die ein Streik der Kollegen des „Öffentlichen Dienstes" für die „Allgemeinheit" zur Folge hätte. So sollen Unsicherheit und Verwirrung in die Reihen der Kollegen getragen werden.

In das gleiche Horn stößt nun auch das Regionalkomitee Wasserkante der GRF. Auf einer Veranstaltung griffen sie die Partei an, weil die Hamburger Genossen in ihrer Krankenhauszeitung „Kämpfende Station" klar für einen Streik der Werktätigen der Krankenhäuser eingetreten sind, wobei es selbstverständlich ist, daß in einem solchen Fall ein Notdienst für akute und schwere Fälle eingerichtet wird. Die Hamburger GRF-Führer ließen dagegen verlauten, daß, wer das Wort „Streik" im Krankenhaus in den Mund nähme, letztlich ein Volksfeind sei. Die Patienten seien jetzt schon so schlecht versorgt und deshalb müßten alle Maßnahmen mit einer Verbesserung der Pflege verbunden sein.

Ein Hamburger Krankenhaus-Genosse schreibt dazu: **„Jetzt aber stellen sie sich im Namen der „Menschlichkeit" direkt gegen den Kampf der Kollegen.** Sie verschleiern, daß der Kapitalismus für die Leiden durch schlechte medizinische Versorgung verantwortlich ist, daß nur durch entschlossenen Kampf eine Verbesserung erreicht werden kann und daß wir diesen Kampf revolutionär führen müssen. Sie verschweigen, daß nur die Beseitigung des Kapitalismus durch die proletarische Revolution eine grundsätzliche Verbesserung – auch im Gesundheitswesen – für die werktätigen Massen bringt."

Die Genossen zitieren aus einem Brief des englischen Arztes Dr. Horn, der zur Zeit an einem englischen Krankenhaus arbeitet und viele Jahre als Arzt in der Volksrepublik China gearbeitet hat. In England haben übrigens die Krankenschwestern und Transportpfleger gerade für mehrere Wochen gestreikt. Genosse Horn, Autor des Buches „Arzt in China", schreibt: **„Was militante Aktionen angeht, so sehe ich keinen prinzipiellen Unterschied zwischen den Werktätigen am Krankenhaus und anderswo. Die bürgerliche Presse jammert immer lautstark darüber, wie Streiks der werktätigen Bevölkerung schaden. Krokodilstränen! Streiken die Bergleute – frieren die Armen. Epidemien durch Müllarbeiterstreiks fordern ihre Opfer in den Elendsvierteln. Streiken die Transportarbeiter, hungern die Armen. Oder die Busfahrer streiken, dann kommen die Arbeiter nicht zur Arbeit und ihre Familien leiden darunter, usw. usw.**

Natürlich bringen Streiks Not und Unannehmlichkeiten für das werktätige Volk mit sich. Die Revolution genauso. Aber das ist kein Grund, nicht zu streiken oder die Revolution nicht durchzuführen! Nur die Revisionisten sagen etwas anderes!"



Krankenschwestern und Pfleger demonstrierten 1973 in Köln für mehr Lohn.

Landeswohlfahrtsverband unterstützt politische Entlassung

Seit dem Frühjahr letzten Jahres arbeitete ich als Hochdruckjustierer bei Fiebig-Manometer. Da ich jüdischer Abstammung bin, mußte ich während der Zeit des Hitlerfaschismus im Exil leben und mußte auch dort solche Entbehrungen erleiden, daß meine Gesundheit ruiniert wurde. Mir mußte der halbe Magen wegoperiert werden. So bin ich 50 % erwerbsgemindert und als solcher den Schwerbeschädigten gleichgestellt. Im Falle einer Kündigung ist eine Genehmigung der Hauptfürsorgestelle des Landeswohlfahrtsverbandes erforderlich.

Da ich aber als Kommunist die Politik der KPD/ML vertrat, die Mißstände im Betrieb anprangerte und den Kollegen die revolutionäre Alternative aufzeigte, wurde ich zunächst schriftlich und mündlich verwarnt und dann Mitte Juni mit Zustimmung der obengenannten Behörde für Mitte August gekündigt.

Ich legte gegen die Zustimmung des Landeswohlfahrtsverbandes zur Kündigung Widerspruch ein. Anfang Oktober trat dann der Schlichtungsausschuß der Hauptfürsorgestelle des LWV zusammen, um über meinen Widerspruch zu beraten. Um es gleich zu sagen, er wurde als „unbegründet" zurückgewiesen. Zuvor sorgten sie dafür, daß ich ohne sachkundigen Rechtsbeistand blieb. Sie schickten dem von mir beauftragten Rechtsbeistand des DGB, einem Herrn Luge, eine Vorladung zur Schlichtungsverhandlung, auf der ein entscheidender Passus gestrichen worden war. Dieser nahm das natürlich gleich zum Anlaß, nicht zu erscheinen. Als ich den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, der ob des Nichterscheinens meines Rechtsvertreters sehr verwundert tat, fragte, warum die Vorladung mit dieser Streichung verschickt worden sei, antwortete er, er könne meinen Rechtsvertreter nicht zwingen, der Vorladung Folge zu leisten. Es war aber auch klar, daß der DGB-Rechtsvertreter nichts tat, um mich wirkungsvoll zu unterstützen, sondern nur versuchte, mich vom Kampf abzuhalten. Der DGB-Apparat hat mich nur noch nicht ausgeschlossen, weil er manövrieren muß, damit die organisierten Kollegen den wahren imperialistischen Charakter des DGB-Apparats nicht erkennen.

Ich wollte noch beim Arbeits- und Verwaltungsgericht gegen die Kündigung angehen. Am Verwaltungsgericht wurde die Klage nicht angenommen, weil sie „unbegründet" und die Frist verstrichen sei. Ich habe auch noch keine schriftliche Begründung der Entscheidung der Schlichtungsstelle erhalten, und der LWV sah sich natürlich außerstande, mir Rechtsmittelbelehrung zu geben.

Kollegen, ich berichte das alles, um aufzuzeigen, wie die Bürokratie des Kapitals, die Klassenjustiz und sonstigen Institutionen zusammenarbeiten, wie gerade sie neben Armee, Polizei und Bundesgrenzschutz Instrumente der Faschisierung sind, die bei der Verschärfung der Krise und des Klassenkampfes dazu da sind, die Arbeiter und werktätigen Massen noch mehr zu entrechten und niederzuhalten. **An der Seite der KPD/ML und der Roten Hilfe werde ich den Kampf um meine Wiedereinstellung weiterführen und die Gerichtsverhandlung werde ich zu einer Tribüne des revolutionären Klassenkampfes machen, auf der ich die Kapitalisten und ihre Handlanger, besonders die berufsmäßigen Arbeiterverräter anprangern werde.**

"Der Siemens Geheimdienst-langsam,aber sicher"

Mitte Oktober 74 fing bei Siemens ein Genosse als Wickler im Transformatorenbau an, der vorher längere Zeit arbeitslos gewesen war. Er konnte wegen einer Krankheit nicht mehr in seinem alten Beruf arbeiten und war so gezwungen, als Hilfsarbeiter bzw. als Angelernter anzufangen. Die Landesversicherungsanstalt hatte ihm keine Umschulungsmaßnahmen zugebilligt, da bei ihm noch „keine Gefahr einer Erwerbsunfähigkeit" bestehe und er deshalb auf den „allgemeinen Arbeitsmarkt" zu verweisen sei.

Nun konnte man ihm auf dem „allgemeinen Arbeitsmarkt" auch keine Arbeit nachweisen, da er aus gesundheitlichen Gründen keine körperlich schwere Arbeit machen kann. **Hier kann man wieder deutlich erkennen, wie LVA und Arbeitsamt, die sich gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben, nur den Interessen der Kapitalisten dienen, für die die Arbeiter nur solange von Nutzen sind, wie sie ausgebeutet werden können und Profit bringen; wenn sie kaputt sind, wirft man sie einfach auf die Straße.**

Da der Genosse noch jung ist und von der kümmerlichen Arbeitslosenunterstützung nicht leben kann, sah er sich gezwungen, jegliche Arbeit anzunehmen und war froh, wenigstens die schwere Akkordarbeit bei Siemens zu bekommen. Aber nach drei Tagen offenbarte man ihm, man könne ihn nicht gebrauchen, da er Kommunist sei. Er habe das Werk sofort zu verlassen, die dadurch fehlenden Stunden und den nächsten Tag würde man ihm bezahlen. Auf seine Frage, warum man ihn für einen Kommunisten halte und was das mit seiner Arbeit zu tun habe, antwortete man ihm: **„Der Siemens-Geheimdienst arbeitet langsam aber sicher."** Von inoffizieller Seite bekam er zu hören, daß man ihn vielleicht denunziert habe.

Als der Genosse sich noch den Kopf zerbrach, wer ihn wohl denunziert haben könnte, bekam er schließlich ohne langes Suchen die Antwort auf diese Frage, als der Name eines ihm bekannten D„K"P-Mitglieds fiel, der bei Siemens Jugendvertreter ist. Leider konnte der Kollege das nicht mehr genau nachprüfen, aber gewundert hat es ihn nicht, hatte er seinen letzten Rausschmiß aus einem Bremer Großbetrieb doch auch D„K"P-Betriebsräten zu verdanken.

Thyssen-Betriebsräte
Gewerkschaftsbeitrag unterschlagen

Mindestens 2 % der von den Kollegen des zur Thyssen-Hütte gehörenden Oxygenstahlwerks Ruhrort III eingezahlten Gewerkschaftsbeiträge sind in die Taschen korrupter Betriebsräte geflossen. Diese Unterschlagung von mindestens 18 000 DM wurde bekannt, als der Obmann der Vertrauensleute sich an die Kollegen wandte. In Duisburg wurde bereits vor zwei Jahren der IGM-Bonze Heinz Bünk von der Vertrauensleutekörperleitung bei Mannesmann als Betrüger und Dieb entlarvt. Damals sorgte Bulitz, der 1. Vorsitzende der IGM Duisburg dafür, daß Bünk ungeschoren davonkam: Bünk bekam einen Sekretärsposten bei der IGM-Ortsverwaltung.

Auch jetzt versucht die IGM-Ortsverwaltung, die Sache zu vertuschen. In einer gemeinsamen Sitzung von Ortsverwaltung, Vertrauensleutekörperleitung und dem Obmann sollte die Sache ausgemauschelt werden. **Mit Posten und Geld sollte der Obmann bestochen werden. Als er sich nicht kaufen lassen wollte, drohten sie ihm, ihn wegen „Störung des Betriebsfriedens" aus dem Weg zu räumen.** Gegenüber Kollegen äußerte der Obmann, er kenne die Methoden der Bonzen. Wenn er plötzlich einen „Arbeitsunfall" hätte, ginge das auf deren Konto. Das zeigt, wie er unter Druck gesetzt wurde. Vor diesem Druck des Apparats wichen der Obmann und die V-Leute schließlich zurück. Sie gaben ihr Einverständnis zu einer klammheimlichen Beilegung der Sache: Koch sollte seinen Posten als Vertrauensleutekörperleiter verlieren, aber im Betriebsrat bleiben. Gottschlich sollte überhaupt nichts passieren. Er hatte seinen Kumpanen gedroht: **„Wenn ich falle, dann fallen viele mit mir."**

Aber die Empörung der Kollegen war zu groß, als daß der IGM-Apparat es hätte wagen können, die Sache so offensichtlich im Sand verlaufen zu lassen. Auf 3 Extrablättern des „Roten Greifer", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen, hatte die Partei die Schweinerei unter den Kollegen breit bekannt gemacht und die **sofortige Entlassung von Koch und Gottschlich, die Auflösung des Betriebsrates und die Einberufung einer Belegschaftsversammlung** gefordert. Thyssen-Personalchef Billen und der Betriebsrat hatten gemeinsam versucht, das Eingreifen der Partei zu verhindern. Einem als Kommunisten bekannten Kollegen hatten sie die fristlose Entlassung angekündigt. Betriebsrat Buhr bezeugte, er habe den Genossen beim ROTEN MORGEN-Verkauf und auf Demonstrationen und Veranstaltungen der KPD/ML gesehen. Er wüßte ebenfalls genau über die politische Entlassung des Genossen bei Mannesmann und über die politische Entlassung der Frau des Genossen aus dem Schuldienst Bescheid. Schließlich legte Buhr klar, warum er die Entlassung des Genossen für notwendig hält: **„ ...denn wir müssen befürchten, daß du unseren Laden durcheinanderbringst."** „Unseren Laden" – deutlicher läßt sich die Interessenidentität von Thyssen-Kapitalisten und IGM-Apparat kaum ausdrücken. Obwohl der Genosse einen schweren Fehler machte, als er sich in der ersten Erregung über diese offene Provokation dazu hinreißen ließ, seinerseits die fristlose Kündigung auszusprechen, erkannten die Kollegen klar, daß der Genosse aus politischen Gründen entlassen werden sollte und waren sehr empört.

Die Empörung der Kollegen über den korrupten IGM-Apparat und das Eingreifen der Partei zwangen den Betriebsrat zu weiteren Täuschungsmanövern. Er ließ verbreiten, es würden 2 Betriebsratssitzungen stattfinden, um eine Belegschaftsversammlung vorzubereiten. Nach den Betriebsratssitzungen aber war von einer Belegschaftsversammlung keine Rede mehr. Plötzlich hieß es, Koch und Gottschlich wären bis zu den Betriebsratswahlen im Frühjahr nächsten Jahres von ihren Betriebsratsposten „beurlaubt". Eine solche „Beurlaubung" ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz aber gar nicht möglich. Das ist nur ein neuer Trick, um die Wogen der Empörung zu glätten. So soll die vollständige Aufdekkung der Vorfälle verhindert werden. **Die Bonzen fürchten, daß immer mehr Kollegen erkennen, daß der DGB-Apparat, der wie der Staatsapparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse ist, genau wie der Staatsapparat von oben bis unten korrupt ist.**

Aus der Schule entlassen - arbeitslos

15-16 Jahre alt, aus der Hauptschule ohne Abschluß entlassen, die nächsten zwei Jahre aller Wahrscheinlichkeit nach arbeitslos! – Das ist das Schicksal vieler junger Menschen; in Essen sind es laut Arbeitsamt allein über 400 Mädchen. Da sie kein Abschlußzeugnis haben, ist es für sie nahezu unmöglich, eine Lehrstelle zu bekommen. Aber auch als Hilfsarbeiterinnen finden sie keine Beschäftigung.

Wir sprachen mit einem der betroffenen Mädchen und ihren Eltern. Sie haben über das Arbeitsamt und auf Zeitungsanzeigen hin immer wieder versucht, eine Stelle zu finden. Ob als Ladenhilfe, ob im Krankenhaus oder anderswo, immer wieder hörten sie: „Tut uns leid, wir stellen erst ab 18 ein."

Einmal hatten sie Erfolg. Das Mädchen, damals 15 Jahre alt, bekam Arbeit als Ladenhilfe. Für 250 DM brutto (!) im Monat, d. h. für einen Stundenlohn von ca. 1,45 DM, mußte sie täglich 8 Stunden lang Kartons tragen, auspacken, auszeichnen, einräumen und putzen. Da sie dieser schweren Arbeit körperlich nicht gewachsen war, mußte sie nach 5 Monaten kündigen. Bei einer Untersuchung stellte der Hausarzt Untergewicht, Rückgratverspannungen und Kreislaufstörungen als Folge der Arbeit fest... Nun bekommt sie auch kein Arbeitslosengeld, weil sie weniger als 6 Monate gearbeitet hat!

Auch Versuche, den Hauptschulabschluß nachzuholen, sind gescheitert, da sowohl die Volkshochschule als auch das Arbeitsamt zuwenig Planstellen haben.

Für die Eltern steht fest: Die Ursache der Arbeitslosigkeit ihrer Tochter liegt im Profitstreben der Kapitalisten begründet. Sie sagten uns, daß dieser Staat, diese Gesellschaft, die nicht in der Lage sind, das Recht auf Arbeit zu garantieren, in ihren Augen versagt haben. Interessiert hörten sie uns zu, als wir ihnen erzählten, daß in China und Albanien das Recht auf Arbeit keine Phrase, sondern Wirklichkeit ist, daß es dort keine Krisen mehr gibt.

Rot Front! Zwei Sympathisanten aus Duisburg.

Revisionistisches

WELCH EIN WELTMEISTER!

Die sowjetische Wochenzeitschrift „Moskauer Nachrichten" jubelte am 12.10.74 eine ganze Seite lang den sowjetischen Sieg über die kanadische Eishockey-Mannschaft hoch. Die beiden Mannschaften trafen sich im September und Oktober. Nachdem sie in der ersten Runde unentschieden gespielt hatten, gewann die sowjetische Mannschaft in der zweiten Runde. Die sowjetischen Zeitungen ließen jedoch kein Wort über die Hintergründe des Sieges der sowjetischen Mannschaft, Weltmeister in diesem Jahr, verlauten. Erst Zeitungsberichte aus Kanada und aus anderen Ländern und die Erzählungen der kanadischen Spieler lüfteten das Geheimnis.

Nicht nur, daß der sowjetische Schiedsrichter bei groben Fouls der sowjetischen Spieler beide Augen zugedrückt hatte. Auch im Hotel wurde dem sowjetischen Sieg etwas nachgeholfen. Nach dem ersten Spiel in Moskau trafen sich die kanadischen Spieler, um die Taktik und die Schwächen der gegnerischen Mannschaft zu besprechen. Sie mußten aber feststellen, daß die sowjetischen Spieler sich sehr schnell in ihrer Taktik umstellten. **Man entdeckte erst später, daß die Sowjets Mikrophone in den Kleiderschränken der kanadischen Spieler installiert hatten.** Trainer Cheevers und zwei andere kanadische Spieler entdeckten solche verborgenen Mikrophone in ihren Räumen. Es sei hier daran erinnert, wie die Spieler der sowjetischen Mannschaft bei der Weltmeisterschaft im Eishockey im letzten April das „Alles ist erlaubt" zur Devise erhoben und die tschechoslowakischen Spieler absichtlich rammten und verletzten. Sie trugen damals den Weltmeisterschaftstitel davon, aber ihr unsportliches Verhalten rief überall Empörung hervor. Jetzt haben die sowjetischen Eishockey-Spieler zu den Eishockey-Stöcken eine neue Waffe dazu gewonnen – Wanzen. Eishockey-Stöcke plus Wanzen, das ist das „Geheimnis" des Sieges der sowjetischen Weltmeisterschaftsmannschaft.

D„K"P: MIT PRÜGELN GEGEN SOLIDARITÄT MIT POLITISCHEN GEFANGENEN

Am 2. November fand ein „Solidaritätskonzert" der Naturfreundejugend für Chile im Stadttheater Dortmund statt. Kurz vor Beginn hatten Genossen der „Roten" Hilfe e.V. Flugblätter zum Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Vernichtungshaft verteilt. Kurz nach Beginn der Veranstaltung kamen die Genossen durch einen Seiteneingang in den Saal und riefen die Losung: „Freiheit für alle politischen Gefangenen!" Ordner begannen sofort, auf die Genossen einzuschlagen. Während an den Seitengängen noch geprügelt wurde, begaben sich die „Stahlkocher", eine Singtruppe der Naturfreunde, in der hauptsächlich D„K"P-Mitglieder sind, auf die Bühne und versuchten, mit Singen die Prügelei zu übertönen. Nach dem letzten Lied skandierten sie: „CDU/ML, CDU/ML". Zum Abschluß schrie eine der Sängerinnen: „Füllt die Schwimmbekken mit dem Blut der Chaoten!"

Ein Kommentar zu dieser Art der „Solidarität" mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus erübrigt sich wohl.

WOCHENENDGRUNDSTÜCK ZU VERKAUFEN

Wochenendgrundstück in unmittelbarer **Nähe des Freibades Salza**, mit Garagenmöglichkeit zu verk. Zuschriften an....

Diese Anzeige fand sich in „Das Volk", Organ der Bezirksleitung Erfurt der 'S'ED.

"Setzt mich ein wie ein Maschinengewehr!"

Zum 35.Todestag Dr. Norman Bethunes

„Welche Gesinnung spricht daraus, wenn ein Ausländer in uneigennütziger Weise die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache macht? Das ist die Gesinnung des Internationalismus, die Gesinnung des Kommunismus. Jeder chinesische Kommunist muß aus dieser Gesinnung lernen. Der Leninismus lehrt, daß die Weltrevolution nur dann siegen kann, wenn das Proletariat der kapitalistischen Länder den Befreiungskampf der Völker der Kolonien und Halbkolonien und das Proletariat der Kolonien und Halbkolonien den Befreiungskampf des Proletariats der kapitalistischen Länder unterstützt. Genosse Bethune hat diese leninistische Linie in der Praxis verwirklicht." (Mao Tsetung, dem Gedenken Bethunes.)

Wer war Norman Bethune? Wer war der Mann, dessen internationalistische Gesinnung und Selbstlosigkeit Mao Tsetung rühmt und von dessen Vorbild Millionen Chinesen und Marxisten-Leninisten in aller Welt lernen?

Norman Bethune war ein kanadischer Arzt, der ein lockeres, sorgloses Leben führte, bis er 1926 schwer an Lungentuberkolose erkrankte. Durch eine neu entwickelte Operationsmethode wurde Bethune vor dem sicheren Tod gerettet. Von nun an widmete er sich selbst intensiv der Lungenchirurgie und besonders dem Problem der Tuberkulose Er war bald einer der fähigsten Operateure des Kontinents.

„Es gibt die heilbare Lungentuberkulose der Reichen und die unheilbare Tuberkulose der Armen," hatte ein amerikanischer Arzt gesagt. Dr. Bethune erlebte die ganze Wahrheit dieser Aussage. Er machte Schluß mit dem Wohlleben. Er behandelte jetzt nicht nur seine Patienten, sondern auch sich selbst: er studierte politische Schriften, erforschte die internationale Lage. Die Wirtschaftskrise breitet sich aus. Millionen Menschen hungerten, aber Nahrungsmittel wurden tonnenweise vernichtet. In Italien, Japan und Deutschland war das faschistische Gesindel an die Macht gelangt. **Hatte Bethune sich bisher darauf beschränkt, seine ganze Kraft und sein Können zur Linderung der Leiden der Armen einzusetzen, so gewann er jetzt zunehmend Klarheit darüber, daß man die Massen nur dann heilen konnte, wenn man die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzte.** 1935 bereiste er auf Einladung der sowjetischen Regierung die Sowjetunion, die damals noch sozialistisch war. Er war überwältigt! Geführt von der kommunistischen Partei mit Genossen Stalin an der Spitze hatten die Massen dort in wenigen Jahren die Tuberkulose nahezu vollständig ausgerottet. Mit der Befreiung vom Joch der zaristischen Ausbeutung und Unterdrückung war auch die Befreiung von der Seuche gekommen.

Genosse Bethune wurde Revolutionär. Wort und Tat waren für ihn eines Damals, 1936, griffen italienische und deutsche Faschisten das demokratische Spanien an und unterstützten den Konterrevolutionär Franco. Tapfer wehrte sich das spanische Volk, vor allem die spanische Arbeiterklasse. Ihre Bruderklassen in allen Ländern glühten vor Eifer, ihr zu helfen. Norman Bethune schloß sich als Chirurg den Internationalen Brigaden an. Bethunes unermüdlicher Kampfgeist und seine proletarische Selbstlosigkeit waren ohne Beispiel. Mit Hilfe der „Socorro rojo" (Rote Hilfe) organisierte er einen Blutspendedienst. Tausende Spanierinnen und Spanier gaben ihr Blut für die Klassengenossen. Bisher war der Blutvorrat für die Transfusionen im Hinterland aufbewahrt worden, in den großen Spitälern. Aber viele Verwundete starben schon während des Transportes an Blutverlust. Dr. Bethune transportierte nun den Blutvorrat an die Front. Dicht hinter dem Schlachtfeld, während noch gekämpft wurde, führte er an den Verwundeten die Transfusionen durch. **Unter eigener Lebensgefahr rettete er ungezählte spanische Freiheitskämpfer und später zahllose chinesische Rotarmisten.**



China: Ein Mitglied der medizinischen Gruppe erklärt den Viehzüchtern die Verwendung chinesischer Heilkräuter.

1937 unternahm Dr. Bethune eine Vortragsreise durch die USA, sammelte Geld und Ausrüstung. Am 2.1.1938 trat er eine Reise nach China an, entsandt von den Kommunistischen Parteien der USA und Kanadas, deren Mitglied er nun war. **Die 21 Monate, in denen er in den Reihen der Achten-Route-Armee kämpfte, hinterließen eine unauslöschliche Spur in der Geschichte der chinesischen Revolution.** Er war ein äußerst erfahrener Chirurg, der mit großer Geschicklichkeit Tag und Nacht die Verwundeten operierte und gesundpflegte. Er war ein kühner Organisator, der die fliegenden Operationsteams und Lazarette schuf, die in enger Verbindung mit der Front eingesetzt wurden. **Damals wurde der Grundstein gelegt für das chinesische Gesundheitswesen, das sich auf die Kraft der breiten Massen stützt.**

In erster Linie war Bethune immer Revolutionär, ständig im Kampf, die Welt und sich selbst zu verändern, ein Revolutionär, angetrieben von seiner Liebe zu den Massen und vom Haß auf die Feinde. Er schrieb in sein Tagebuch: **„Ich habe das unschätzbare Glück, mit Menschen zusammenzuleben, für die der Kommunismus zum täglichen Leben geworden ist und nicht bloß Worte und Theorie."**

Er ging als Revolutionär dorthin, wo der Kampf am härtesten tobte, harrte bis zur totalen Erschöpfung am Operationstisch aus, bis der letzte Verwundete versorgt war. Sein Gefühl des proletarischen Internationalismus war so tief, daß er die chinesische Revolution als seine eigene betrachtete und für sie starb. Am 12.11.1939, vor 35 Jahren, starb Dr. Bethune an einer Blutvergiftung, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte.

Für Hunderte Millionen Chinesen ist der Kanadier Dr. Norman Bethune ein heroisches Beispiel, dem sie zu folgen trachten. Mao Tsetung sagte: „Wir alle müssen von ihm den Geist der Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit lernen."

In seinem Vorwort zur Biographie Bethunes, die demnächst im Rotfront-Verlag erscheint, schreibt Genosse Joshua Horn, Autor des Buches „Arzt in China": **„Bethune wäre begeistert vom heutigen Gesundheitswesen in China, besonders über die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Für ihn stand die Vorbeugung immer an erster Stelle. Die Vorbeugung und Verhütung sind die Hauptmerkmale des chinesischen Gesundheitsdienstes. Er sagte: ‚Ärzte, geht zu den Verwundeten, wartet nicht, bis sie zu Euch kommen!' Heute ziehen mobile medizinische Teams durch die weiten ländlichen Gebiete Chinas und bringen die medizinischen Errungenschaften in jedes Dorf, in jede Hütte."**

Heute ist Volkschina das größte Bollwerk der Weltrevolution. Diesen Sieg hat der Arzt Norman Bethune miterstritten.

LERNEN WIR VOM BEISPIEL BETHUNES!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

Die Führer von GRF und 'Liga': Mit Ausschluss gegen revolutionäre Mitglieder

In der Ortsgruppe Münster der „Liga gegen den Imperialismus" haben sich, wie auch in anderen Städten, gerade in der letzten Zeit die Widersprüche zwischen revolutionären Genossen und den Führern der GRF und der „Liga" erheblich verschärft.

Vor einiger Zeit verließen drei Genossen die „Liga", weil sie mit deren opportunistischer Politik nicht einverstanden waren. Die Führer der GRF und der „Liga" nutzten die Tatsache, daß diese Genossen es versäumt hatten, einen beharrlichen ideologischen Kampf innerhalb der „Liga" zu führen, demagogisch aus und verleumdeten ihren Schritt als „trotzkistischen Fraktionismus". In einem Rundschreiben gegen die Genossen versuchten sie, weiterer revolutionärer Opposition in den eigenen Reihen vorzubeugen, indem sie unter anderem schrieben: „Die KPD/ML führt den Klassenkampf im eigenen Land und unterstützt so die Bauernkämpfe", statt die Chile-Solidarität zu organisieren.

Kurz nach dem Austritt der drei Genossen allerdings kritisierten vier andere Genossen in einem gemeinsamen Papier die falsche Haltung der GRF- und „Liga"-Führer zur Rolle der Supermächte und verteidigten den marxistisch-leninistischen Standpunkt, daß der Zusammenschluß der Völker gegen die Supermächte eine wichtige historische Strömung ist. Die Genossen legten weiter dar, daß es eine Irreführung der Arbeiterklasse ist, wenn die GRF-Führer behaupten, es gelte heute, die SPD als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen und die Gefährlichkeit der modernen Revisionisten, die in Wirklichkeit hauptsächlich die Aufgabe haben, die proletarische Revolution zu bekämpfen, verharmlosen. Die politische Linie der GRF selbst ist ein Produkt des Versuchs, den Marxismus-Leninismus und den modernen Revisionismus zu versöhnen und in ihrer Praxis haben sich die GRF-Führer als Spalter der revolutionären Bewegung erwiesen. **Die Genossen forderten in diesem Papier, alle Genossen der „Liga" auf, sich ernsthaft und ehrlich mit der KPD/ML auseinanderzusetzen.** Die Führer der GRF und „Liga" in Münster kündigten eine Stellungnahme zu diesem Papier an. Sie ist allerdings bis heute nicht erschienen, stattdessen schlossen sie die vier Genossen am 13.11. aus. Die frühere Behauptung des „trotzkistischen Fraktionismus" wagten sie allerdings hier nicht aufrechtzuerhalten. Diesmal mußten „Argumente" wie „Nichtbeteiligung" an der opportunistischen Praxis der „Liga" und „Nichtanerkennung von Programm und Statut" für den Ausschluß herhalten. Bei der Abstimmung schließlich stimmten jedoch über 30% der Anwesenden nicht für den Ausschluß.

Der Kampf um die Isolierung der Führer der GRF und ‚Liga', die auch hier wieder bewiesen, welche Angst sie vor einem ideologischen Kampf haben, und die Entlarvung ihrer opportunistischen politischen Linie geht weiter. Die Partei wird in Münster einen Treff einrichten, wo interessierte GRF-Genossen Gelegenheit haben, sich mit der marxistisch-leninistischen Linie der Partei auseinanderzusetzen.

Vom Aufbau des Sozialismus

STEIGERUNG DER PRODUKTION IM STAHLWERK SHANGHAI

In der ersten Hälfte des Jahres 1974 verzeichnete die chinesische Eisen- und Stahlindustrie große Fortschritte bei der Produktion von Stahl- und Walzstahlerzeugnissen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 stieg die Produktion von plattiertem Stahl für Landmaschinen und Schnellwerkzeugstahl um 18,7% und die Produktion von Stahlplatten mittlerer Dicke um 59%. 138 neue Stahl- und Walzstahlprodukte wurden entwickelt.

Diese Produktionssteigerungen sind das Ergebnis der Bewegung der Kritik an der reaktionären Politik von Lin Biao und Konfuzius. Die Arbeiter eines Stahlwerkes in Shanghai faßten das Ergebnis ihrer Diskussionen ungefähr so zusammen: **„Lin Biao wollte Rückschritt. Wir aber müssen vorwärtsmarschieren. Er wollte die Restauration des Kapitalismus, wir aber müssen den Sozialismus aufbauen!"**

Diese klare Erkenntnis über das wahre Wesen Lin Biaos, der vor den Massen nicht genug das „Rote Buch" schwenken konnte, hat zum Beispiel unter den Arbeitern der 2. Werkshalle des Shanghaier Stahlwerkes Nr. 5 große Begeisterung für den weiteren Aufbau des Sozialismus hervorgerufen. Seit Beginn dieses Jahres haben die Arbeiter insgesamt fünf bedeutende technische Neuerungen hervorgebracht, die Stahlproduktion des ersten Halbjahres war höher als im Plan für diesen Zeitraum vorgesehen und 8,5% höher als in der gleichen Periode des Vorjahres. In enger Zusammenarbeit mit Monteuren und Bauarbeitern haben die Arbeiter des Shanghaier Stahlwerkes Nr. 2 in 38 Tagen das Fabrikgelände um 9 000 qm erweitert, drei alte Walzwerke hinausgeschafft und zwei neue Walzwerke montiert. Hierdurch wird die Kapazität des Werkes um ein Drittel gesteigert.

KINDERPALÄSTE IN CHINA

Schulkinder haben bei uns in der Bundesrepublik kaum Möglichkeiten, ihre Freizeit sinnvoll zu verbringen. Die wenigen Jugend- und Freizeitheime für Kinder und Jugendliche, die es gibt, sind zum Teil reine Kinderverwahranstalten oder aber ständige „Sonntagsschulen". Allen gemeinsam ist, daß sie unter dem Vorwand der „Kindertümlichkeit" die Kinder vom Klassenkampf abhalten wollen. So wurde erst kürzlich zwei kommunistischen Erziehern in Westberlin gekündigt, weil sie die Jugendlichen über die Ursachen der imperialistischen Kriege aufklärten und sie aufforderten, gemeinsam mit der ROTEN GARDE gegen den Kapitalismus zu kämpfen.

In der VR China gibt es dagegen überall sogenannte „Kinderpaläste". Die Leitung liegt über dem proletarischen Staat in den Händen der Arbeiterklasse. Der proletarische Staat aber hat kein Interesse daran, die Kinder künstlich dumm und von der Politik fernzuhalten. Denn sie sind ja die Generation, die den Sozialismus weiter aufbauen, die die Diktatur des Proletariats eines Tages gegen alle inneren und äußeren Feinde verteidigen sollen. So besitzt zum Beispiel der Kinderpalast in der Stadt Hangschou am Westsee einen eigenen Ausstellungsraum für die Klassenerziehung der Kinder. Hier sind in Bildern und Modellen Not und Elend der chinesischen Werktätigen vor der Revolution dem Leben im Sozialismus gegenübergestellt. Vorträge alter Revolutionäre, Berichte von Arbeitern, Bauern und Soldaten, die begleitet werden von Besichtigungen in Fabriken, Dörfern und Armee-Einheiten helfen ihnen, die Probleme des sozialistischen Aufbaus zu verstehen.

Was soll das Lamento über die Hinrichtung Drenkmanns?

Heinrich Böll, die Revisionisten der D„K"P,die Opportunisten der GRF und, „K"BW sind sich einig: Die Hinrichtung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann sei eine schlechte Sache, die man verurteilen muß.

Wie aber stehen die Kommunisten dazu?

Für Böll ist die Sache einfach: Wir leben in einem „Rechtsstaat" und da ist für ihn die Hinrichtung von Richter Drenkmann eine „schreckliche Ermordung", ein „Verbrechen". Mord bleibt nun einemal Mord. Aber entspricht das der Wirklichkeit?

Holger Meins wurde, weil er als Revolutionär gegen das kapitalistische System kämpfte, von der Bourgeoisie mit Isolierhaft gefoltert. Er sollte psychisch und physisch fertig gemacht werden. Und als Genosse Holger zusammen mit den anderen politischen Gefangenen dagegen zur letzten Möglichkeit griff, um dem Wahnsinn oder dem langsamen Tod zu entgehen, als er sein Leben aufs Spiel setzte, um sein Leben zu retten, haben sie ihn umgebracht. Das war Mord.

Der andere, der Richter, gehörte zu diesem Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie. Seine Aufgabe war es, die werktätigen Massen im Rahmen der bürgerlichen Klassenjustiz zu unterdrücken und insbesondere die Kräfte zu brechen, die sich gegen diesen bürgerlichen Staat mit seiner gewaltsamen Unterdrückung auflehnen. Er wurde hingerichtet – offensichtlich aus Haß über den Mord an Holger Meins, den er mitzuverantworten hatte.

Das ist die Wirklichkeit. Wir leben in einer Klassengesellschaft, in der es kein Recht und keinen Staat gibt, der über den Klassen steht.

Die Bourgeoisie hat sich ihren Gewaltapparat, den Staat geschaffen, wie jede herrschende Klasse, und sie nutzt ihn, um ihre Herrschaft gewaltsam gegen die werktätigen Massen zu behaupten. **Doch nicht auf ihrer, sondern auf der Seite der werktätigen Massen steht das Recht, denn sie kämpfen gegen die Diktatur einer Handvoll Kapitalisten, gegen das kapitalistische System, das ihnen nur Ausbeutung, Unterdrückung, Elend und Krieg zu bieten hat. Deshalb hat es große Bedeutung, wenn jemand, wie Genosse Holger Meins, im Kampf gegen dieses System fällt, und hat es geringe Bedeutung, wenn einer aus diesem Unterdrückungsapparat fällt.**

Doch dieser Standpunkt, der Klassenstandpunkt des Proletariats geht



Die KPD/ML unterstützt die Demonstration der ROTEN HILFE

nicht in den Kopf eines bürgerlichen Liberlaen wie Böll. Für ihn ist Holger Meins nicht ermordet worden im gerechten Kampf: „Wenn es überhaupt schuldhaft ist oder irgendjemandes Schuld, dann ist es höchstens fahrlässige Tötung."

Mag Böll bisweilen eine fortschrittliche Rolle gespielt haben, wo der Kampf noch nicht heftig entbrannt war, wo der Spielraum, Entscheidungen zu treffen, noch größer war. Aber im Grunde ist er eben wie alle bürgerlichen Liberalen wie ein dünner Zweig im Wind: Wenn der Wind heftig weht, biegt er sich und gibt schließlich nach. Je mehr sich der Klassenkampf zuspitzt, je eindeutigere Entscheidungen er verlangt, desto mehr beginnt er zu schwanken. wird er zum Propagandisten der Reaktion.

Es ist kein Zufall, wenn die D'K'P-Revisionisten ausführlich in ihrem Zentralorgan Böll zitieren. Besonders an einem Argument Bölls fanden sie großen Gefallen: Die politischen Folgen der Hinrichtung würden auf das „Konto der Täter" gehen. Die Revisionisten drohen offen damit: Die Bourgeoisie sei provoziert worden und wird nun gegen tausende zurückschlagen.

Wenn es also nach den Revisionisten geht, darf man die Bourgeoisie nicht herausfordern, sollen die Massen ihren Kampf einstellen, um dann sagen zu



Dortmund 16.11. Solidaritätsdemonstration der ROTEN HILFE

können: Nicht wir, sondern die Bourgeoisie wendet Gewalt an. Das aber heißt, sich völlig auszuliefern. Es ist kleinbürgerlicher Pazifismus, der die Werktätigen geradezu abhalten soll, sich gegen die Unterdrückung zur Wehr zu setzen, sich zu erheben und diese Ordnung zu zerschlagen.

Wie weit die Revisionsiten dabei gehen, die revolutionäre Gewalt zu verteufeln und der Bourgeoisie zur Hilfe eilen, zeigt ein Flugblatt des revisionistischen Studentenbundes. Dort heißt es in der Überschrift: „BRD – ein Land sucht seinen Mörder!" und im Untertitel: „Zum Tod von Holger Meins und zum Mord an dem Richter Drenkmann." **Noch übler hätte Springers „Bild" das auch nicht schreiben können, es reiht sich ein in die Hetze, die die Bourgeoisie entfaltet.**

Auch der 'K'BW leugnet, daß Holger Meins ermodet worden ist. In der 'K'BW-Zeitung 'K'VZ heißt es: „Holger Meins ist nicht ermordet worden, sondern hat in seinem Kampf auf Leben und Tod sein Leben verloren. Er ist nicht das Opfer von Mördern, sondern er ist gefallen in einem Kampf gegen einen brutalen Feind." Und in dem gleichen Artikel schreibt ein gewisser J.S.: „Brüllt man jetzt einfach dagegen und schreibt ebenfalls von Mord und Verbrechen, von Maschinengewehren und Terror des bürgerlichen Staatsapparates, dann hat man sofort eine Debatte, in der die Gesichtspunkte: gerecht und ungerecht, richtig und falsch vollständig untergehen und nur noch von Mord und Totschlag die Rede ist."

Wogegen der 'K'BW nicht anbrüllen und vor allem nicht kämpfen will, das ist der imperialistische Staatsapparat. Darum entblößt er den Kampf der politischen Gefangenen gegen den bürgerlichen Justizapparat seines Klasseninhalts und verzerrt ihn mit unglaublichem Zynismus zum Duelle, bei dem einer drauf geht und dafür letztlich selbst verantwortlich ist, weil er das Risiko kannte. Er schweigt zum Terror des bürgerlichen Staatsapparates, um auch über die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution nicht reden zu müssen.

Die Gruppe Rote Fahne gehört ebenfalls in den Chor der bürgerlichen Zeitungen, der Revisionisten und Opportunisten, die gegen die Hinrichtung von Drenkmann zu Felde ziehen: „Das Berliner Attentat kann von uns Kommunisten nicht anders bezeichnet werden als eine konterrevolutionäre Handlung wildgewordener Kleinbürger."

So klar haben sich nicht einmal die D,K'P Revisionisten geäußert. Nicht anders als sie wenden sich die GRF-Führer in diesem Punkt gegen Terroraktionen überhaupt.

Was sagte Lenin zu dieser Frage? **„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen. Es ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann."**

Das ist der Standpunkt der Kommunisten. Das heißt nicht, daß wir den Terror für eine Kampfform halten, die für sich genommen den Massen den Ausweg aus dem kapitalistischen System weisen würde.

Der Ausweg des Proletariats und aller Werktätigen besteht in der proletarischen Revolution der Massen unter der Führung ihrer Vorhutpartei, die sich dabei leiten läßt von der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, um so schnell wie möglich und unter möglichst wenig Opfern zum Sieg zu gelangen.

Diese Partei, die KPD/ML, zu einer kampfstarken Vorhutorganisation aufzubauen, die die besten und revolutionärsten Kräfte des Proletariats in sich vereinigt das ist gegenwärtig die Hauptaufgabe. Daher kann auch der Terror gegen den Staatsapparat, gegen einzelne Personen dieses Apparats usw. nicht die gegenwärtige Kampffrom der Partei sein.

Wenn aber jemand in Westberlin aus Haß auf die Bourgeoisie, aus Wut über die Ermordung eines Revolutionärs einen Kammergerichtspräsidenten hinrichtet, so hilft das zwar gegenwärtig nicht dem Proletariat, den Weg zur Revolution zu ebnen, aber es offenbart einen tausendmal erhlicheren Klassenstandpunkt, als das Lamentieren der GRF-Führer über „konterrevolutionäre Attentate."

„Selbstmord ist uns recht!"

Meine Herren, haben Sie den Stift?
Wir fangen an mit der Überschrift.

„SELBSTMORD IST UNS RECHT"
Der Mensch war eben schlecht.
Und vor allen Dingen
WOLLTE er sich selbst umbringen.

Manch Negerkind jauchzt vor Glück
Über sein Essen. Er wies es zurück.
Da sieht mans noch einmal:
Der Mensch war asozial.

Und sind wir doch mal ehrlich:
Der Mensch war sehr gefährlich.
So einer muß ins tiefste Loch –
und seltsam, darüber klagte ernoch!

War das denn nicht humaner als
Die passende Schlinge um den Hals?
Sie sehen völlig klar:
Er war auch undankbar.

So ließen wir ihn gewähren,
Begrenzten das Zwangsernähren.
Was ist da schon dabei?
Was soll das Mordgeschrei?

Tja, das wärs, meine Herren von der Presse.
Doch noch eins, bevor ichs vergesse:
Wenn noch ein paar von der Bande verenden,
Lassen wirs bitte dabei bewenden.

Drei Zeilen auf einer inneren Seite,
Das reicht doch aus für solche Leute.
Und bei den noch nötigen Verhören
Würde alles andere nur wieder stören.

Das wärs endgültig. Noch Fragen im Saal?
Sie wollen die Überschrift noch mal?
Mensch Mann, Sie hören wohl schlecht?
SELBSTMORD IST UNS RECHT.

Hexenjagd gegen fortschrittliche Rechtsanwälte

Am 14.11., fünf Tage nach dem Tod des Genossen Holger Meins, trafen sich die Justizminister der Länder zu einer Konferenz. Aufgescheucht durch die Unruhe, die die Ermordung des Genossen durch jahrelange Folter hervorgerufen hatte, sahen sie ihre Hauptaufgabe darin, Beschlüsse zu fassen, die die Verfolgung von Revolutionären perfektionieren sollen. Um die Revolutionäre vom Volk zu isolieren und ihren eigenen Terror besser verheimlichen zu können, wurde beschlossen, daß Rechtsanwaltsbesuche in bestimmten Fällen nur noch bei Überwachung stattfinden sollen, daß haftunfähige Gefangene vom Prozeß gegen sie ausgeschlossen werden können und daß schließlich die Gerichte mit einer Bannmeile belegt werden sollen. Gesetz sollen diese Beschlüsse der Justizministerkonferenz bei Verabschiedung der neuen Strafprozeßordnung werden.

Unter diesen Beschlüssen wurde von der bürgerlichen Presse die Einschränkung der Verteidigerrechte besonders hervorgehoben und beflissen ergänzt, daß ja bei der Änderung der Strafprozeßordnung sowieso die Möglichkeit des Ausschlusses für Verteidiger in bestimmten Fällen vorgesehen sei.

Warum die Bourgeoisie sich schon seit einiger Zeit bemüht, die Verteidiger von Revolutionären, besonders aber von gefangenen Revolutionären, zu behindern, zu kriminalisieren und auszuschalten, zeigte sich besonders klar bei der Hetzkampagne gegen die Rechtsanwälte der RAF-Genossen nach der Ermordung von Holger Meins. Seit die RAF-Genossen in Haft sind, haben ihre Verteidiger öffentlich angeprangert, daß die Genossen vor allem durch die Isolationshaft gefoltert werden, daß ihre Haftbedingungen auf die psychologische und physische Vernichtung der politischen Gefangenen abzielen, daß sie „Mord auf Raten' sind. Insofern haben sie sich auch mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen diese moderne Art der Folter solidarisch erklärt und gleichzeitig alles in ihren Kräften stehende getan, um eine Ermordung der Genossen durch Zwangsernährung, Wasserentzug usw. zu verhindern. Es war Rechtsanwalt Haag, der nach seinem letzten Besuch bei Genossen Holger Meins alle Hebel in Bewegung setzte, um für den schon im Sterben Liegenden noch einen Arzt zu bekommen. Vergebens.

Jetzt, nachdem Holger Meins tot ist, versucht die Bourgeoisie mit einer zentral gesteuerten Hetz- und Justizkampagne, die Zeugen für diesen Mord auszuschalten. Gegen die Rechtsanwälte Haag, Groenewold, Croissant und Demski wurde Anzeige wegen „Verleumdung" erstattet, weil sie diesen Mord öffentlich anprangerten. Die bürgerliche Presse ergeht sich in dunklen Andeutungen darüber, daß nach Aussagen von Gefängnisbeamten der Zustand von Holger Meins sich nach dem Besuch von Rechtsanwalt Haag verschlechtert habe, der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer spekuliert sogar darauf, daß gegen Haag wegen „unterlassener Hilfeleistung" ermittelt werde. Richter Prinzing, der noch am Samstag jede Hilfe für den sterbenden Genossen Holger Meins ablehnte, hetzt in Fernsehen und Presse, daß die Verteidiger nicht davor zurückschrecken würden, „mich einem gezielt geschürten Haß auszuliefern, dessen mögliche Folgen angesichts der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten nicht zu unterschätzen sind." Justizminister Posser von NRW spricht von „Komplizen der Terroristen". Und tatsächlich laufen gegen sieben fortschrittliche Rechtsanwälte bereits Verfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung." Die Bourgeoisie versucht mit immer wieder aufgewärmten Lügengeschichten von angeblichen Kurierdiensten, die die Rechtsanwälte für die Gefangenen übernahmen, solche Anschuldigungen glaubhaft zu machen.

In Wirklichkeit geht es ihr aber bei der gezielten Verfolgung der fortschrittlichen Rechtsanwälte seit dem Beginn der Anwendung der Isolationsfolter und Vernichtungshaft gegen politische Gefangene nur um eins, die Zeugen bei diesem Versuch, den politischen Gegner zu brechen und zu vernichten, auszuschalten, die Isolation der Gefangenen weiter zu perfektionieren und eine Solidarität der Werktätigen mit den politischen Gefangenen durch eine möglichst hermetische Abriegelung der Gefängnisse zu erreichen.

Solidäritat mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen

Nach der Ermordung des Genossen Holger Meins erreichten uns folgende Solidaritätsresolutionen:

RESOLUTION, ANGENOMMEN AUF DER ORDENTLICHEN VOLLVERSAMMLUNG DER FACHSCHAFT MEDIZIN AM KLINIKUM DER GESAMTHOCHSCHULE ESSEN AM 11.11.74:

„Die Vollversammlung der Studentenschaft des Klinikums Essen der Gesamthochschule Essen protestiert gegen die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen der ROTEN ARMEE FRAKTION, gegen die Isolationsfolter.

Wir solidarisieren uns mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen, die damit seit dem 13.9.74 den Kampf gegen die langsame Vernichtung ihrer physischen und psychischen Existenz führen.

Seit Samstag – 9.11. – ist HOLGER MEINS tot. Sein Tod wurde eingeplant von den Handlangern der bürgerlichen Klassenjustiz. Man ließ ihn lieber zugrundegehen, als die Sonderbehandlung aufzuheben. Deshalb ist das Mord.

Wir sind empört über diesen Mord und fordern:

– Sofortige Aufhebung der Isolationsfolter an politischen Gefangenen!

Es darf kein politischer Gefangener mehr umgebracht werden!

Fachschaft Medizin am Klinikum der Gesamthochschule Essen.

RESOLUTION VON KOLLEGEN AUS DEN UNIKLINIKEN KIEL AUF DEM ROTER-MORGEN-LESERKREIS AM 7.11.74:

„Wir halten die Isolationsfolter und Sonderbehandlung der politischen Gefangenen für unmenschlich und sind der Meinung, daß dadurch ihre physische und psychische Existenz vernichtet werden soll. Mit diesen Methoden versucht der bürgerliche Staat, Kommunisten, Revolutionäre und alle Werktätigen einzuschüchtern und sie von der revolutionären politischen Arbeit abzuschrecken. Diese Faschisierungsmaßnahmen müssen von Anfang an bekämpft werden. Wir erklären uns solidarisch mit den politischen Häftlingen, die seit dem 13.9.74 im Hungerstreik sind. Wir werden dem Totschweigen in der Presse dadurch einen Riegel vorschieben, daß wir den Hungerstreik und die Maßnahmen des Staates unter unseren Kollegen verbreiten.

Kollegen aus den Unikliniken Kiel auf dem ROTER-MORGEN-Leserkreis am 7.11.74.

Rede des Genossen Ernst Aust

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie

Am 21. November beginnt in Hamburg der Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Ernst Aust, und gegen den Verleger des ROTEN MORGEN, Gernot Schubert. Es geht um einen Artikel, der im Juni 1973 auf dem Höhepunkt der Steiner-Wienand-Affaire im ROTEN MORGEN unter dem Titel: „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen" erschienen war. Bundestagspräsidentin Renger stellte Strafanzeige wegen „Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer verfassungsmäßigen Ordnung", weil in dem Artikel das bürgerliche Parlament als „Schwatzbude" bezeichnet und erklärt wurde, daß es nichts anderes verdient als durch den revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. Es ist nicht verwunderlich, daß der Klassenfeind gerade die klare marxistisch-leninistische Linie unserer Partei zur Frage des Parlamentarismus angreift. Liegt hier doch heute wie in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung, ein wichtiger Prüfstein, an dem sich die Frage entscheidet, wer die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und wer in Wirklichkeit eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung ist. So auch heute: während die KPD/ML die parlamentarischen Illusionen bekämpft und der Arbeiterklasse unablässig die Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution als dem einzigen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrükkung erklärt, lassen die modernen Revisionisten der D„K"P nichts unversucht, um die Massen an den Parlamentarismus zu ketten. Sie erklären das bürgerliche Parlament zum über den Klassen stehenden Gremium, in dem zwar gegenwärtig noch die Bourgeoisie die Oberhand habe, aber das durch die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit in ein Instrument der Arbeiterklasse verwandelt werden könne. Sie versuchen der Arbeiterklasse sogar vorzugaukeln, über die Eroberung der Mehrheit im Parlament könne der Sozialismus verwirklicht werden. Gegen diese Verbreitung parlamentarischer Illusionen, wie sie vor allem die D„K"P-Revisionisten, aber auch Leute und Organisationen, die sich einen marxistisch-leninistischen Anstrich zu geben versuchen, betreiben, hat Genosse Ernst Aust die marxistisch-leninistische Haltung und den wahren Charakter des bürgerlichen Parlaments und seine wirkliche Funktion in einer Rede auf einer Veranstaltung zum Prozeß in Hamburg zusammengefaßt. Wir veröffentlichen im Folgenden die wesentlichen Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden unserer Partei.

Freunde, Kollegen, Genossen!

Übermorgen werden der Genosse Gernot Schubert und ich wieder einmal vor den Schranken eines Gerichts dieser bürgerlich-parlamentarischen Diktatur, die sich Bundesrepublik Deutschland nennt, stehen. Es ist nicht das erste Mal, und es wird, das läßt sich schon heute sagen, nicht das letzte Mal sein. Drohen doch dem Genossen Gernot aufgrund seiner Tätigkeit als Verleger des ROTEN MORGEN rund ein Dutzend neuer Verfahren, bescheinigte mir doch das Landgericht Hamburg, daß ich ein gestörtes Verhältnis zu den im Kapitalismus von den Herrschenden erlassenen Gesetzen hätte. Wörtlich in seinem gegen mich ergangenen Urteil: Es „ist ihm vorzuwerfen, daß es ihm an der Bereitschaft fehlt, sich trotz seiner politischen Überzeugung den geltenden Strafgesetzen zu fügen."

Sicher, diese Bereitschaft fehlt mir. Nicht „trotz" sondern gerade wegen meiner politischen Überzeugung. Wie könnte ich mich KOmmunist, wie könnte ich mich Marxist-Leninist nennen, wenn ich nicht mit allen mir und meiner Klasse zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Ausbeutung, Unterdrückung und den Terror der Herrschenden gegen die werktätigen Massen und für deren Befreiung vom Joch der kapitalistischen Sklaverei kämpfen würde.

Wessen klagt man uns an? Es ist die alte kryptofaschistische Leier: nämlich „durch Verbreitung von Schriften die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben".

Konkret: „das Gesetzgebungsorgan des Bundes", also das bürgerliche Parlament, diese „Schwatzbude" oder diesen „Saustall", wie es Lenin einmal treffend charakterisierte, „beleidigt zu haben".

„Verächtlichmachung des Staates", diesen Rechtsbegriff kennen wir doch. Die Nazis haben ihn durch ihre am 4. Februar 1933 erlassene „Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes" kreiert. Und heute, 40 Jahre später, dient er als rechtliche Grundlage in dem gegen uns angestrengten Verfahren. Und wie damals die Nazirichter auf der Grundlage dieses Gesetzes Kundgebungen gegnerischer Parteien und oppositionelle Zeitungen wegen Verächtlichmachung des Staates verboten und die Verantwortlichen in die Gefängnisse bzw. KZ's schickten, so erfolgt heute z. B. auf der gleichen Grundlage die Beschlagnahme von sieben Ausgaben des ROTEN MORGEN allein in den letzten Monaten, stehen wir übermorgen vor Gericht.

Das Parlament ein Tummelplatz für Gauner

Was ist es nun, was wir da beleidigt bzw. verächtlich gemacht haben sollen, als wir im ROTEN MORGEN schrieben: „Klarer als je zuvor ist, daß in diesem Parlament nicht die Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals." Was ist es, das sie so aufregte, daß sich die Bundestagspräsidentin veranlaßt sah, Strafantrag zu stellen? Fühlte sich Frau Renger durch den Ausdruck „Huren des Kapitals" etwa als Strichmädchen diffamiert? Wohl kaum. Oder war es unsere Losung, durch den Kampf der Massen diese „parlamentarische Schwatzbude" auseinander zu jagen?

Klar, daß sie sich getroffen fühlen, wenn wir die Korruptheit, die Bestechlichkeit ihrer sogenannten „Volksvertreter" entlarven, wie sie in der Steiner-, der Wienand- und diverser anderer Affären, wie sie in der Praxis der sogenannten „Beraterverträge" zum Ausdruck kommen. Wie recht hatte doch Lenin, wie treffend auch für heute, als er sagte:

„Andererseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie die Parlamentstribüne, besonders in den fortgeschrittenen Ländern, zum Hauptsächlichsten oder zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle oder politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt." (Lenin, Bd. 28, S. 245).

Natürlich, gegenüber dem Mittelalter, der Sklavenhalter-, der Feudalordnung bedeutet die bürgerliche Demokratie mit ihren Parteien und Parlamenten einen gewaltigen historischen Fortschritt. Doch bleibt sie stets, und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein, wie Lenin betonte, **„eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen."**

Es sind ja nicht allein die „Beraterverträge", mit denen die Kapitalisten Abgeordnete bestechen. Die Regel ist, daß das Kapital seine eigenen Vertreter in die Parlamente lanciert. Rechnet man beispielsweise die Aufsichtsrats- und Vorstandsposten zusammen, die die Bundestagsabgeordneten innehaben, so übertrifft ihre Zahl die der Abgeordneten bei weitem. Wo gibt es im Bundestag einen Arbeiter? Wo einen Mittel- oder gar Kleinbauern? Es sind ja nicht allein die Lobbyisten, die auf den Parlamentsgängen mit den Abgeordneten ihre Geschäfte aushandeln, es ist die Tatsache, daß die bürgerlichen Parlamente nichts anderes sind als eine Schmiere, ein Theater, das zu nichts anderem dient, als das Volk hinters Licht zu führen.

Wo werden denn die Gesetze beraten, die Regierungs- und andere Ämter verteilt, die wichtigsten Entscheidungen getroffen? Etwa im Parlament, dessen gähnende Leere schon sprichwörtlich ist? Nein, dort erscheinen die Abgeordneten nur dann, wenn das Fernsehen anwesend ist und sie eine Show abziehen können. Ansonsten begnügen sie sich damit, kurz zu erscheinen, sich ihre Diäten bestätigen zu lassen, um postwendend wieder zu verschwinden. Schließlich genügt in diesem Parlament die Anwesenheit des Präsidenten und eines Abgeordneten, um „arbeits"fähig zu sein. Dieser Zustand führt schon jetzt dazu, daß man sich überlegt, ob man nicht anstelle des grossen Plenarsaals einen kleineren Raum bauen solle, in dem die chronische Abwesenheit des größten Teils der Abgeordneten nicht so auffällt.

Nein, die wichtigen Entscheidungen werden nicht im Parlament, dieser Schwatzbude, getroffen, sondern hinter den Kulissen, in den Ausschüssen, in den Büros der Konzerne und Monopole. Die Abgeordneten dienen nur als Kulisse, die bereits vorher gefällten Entscheidungen durch Händchen heben zu bestätigen bzw. abzulehnen. Das geben die Herren natürlich nicht öffentlich zu und sie zerren jeden vors Gericht, der es wagt, diese Art „Demokratie" zu entlarven, doch in ihren „internen" Organen plaudern sie schon manchmal aus der Schule. So heißt es in einem Beitrag eines gewissen H. Gross im „Jahrbuch des deutschen Unternehmers 1964" unter der Überschrift „Unternehmer in die Parlamente" wörtlich:

„Der Gleichklang von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist nicht erst in der parlamentarischen Auseinandersetzung zu bringen oder zu erzwingen. Die parlamentarische Ebene wäre unzureichend und zu spät. Der Gleichklang im Grundsätzlichen muß bereits bestehen, ehe die Debatten im Parlament beginnen."

Damit bestätigen sie, sicherlich ungewollt, Lenin, der sagte: **„Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen u. a.: die eigentlichen ‚Staats'-geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk' hinters Licht zu führen."** (Lenin Bd. 25, S. 436).

Parlamentarischer Kretinismus

Nun ist es nicht verwunderlich, daß die Bourgeoisie die Wahrheit, daß **„das bürgerliche Parlament, auch das demokratischste in der demokratischsten Republik, in der das Eigentum der Kapitalisten und ihre Macht erhalten bleibt,"** nichts anderes ist als **„eine Maschine, zur Unterdrückung von Millionen Werktätiger durch ein kleines Häuflein von Ausbeutern."** (Lenin, Bd. 28, S. 44) fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Daß sie die Verbreitung dieser Wahrheit mit den Mitteln des Justiz- und Beschlagnahmeterrors verfolgt.



Genosse Ernst Aust vor dem Würzburger Amtsgericht.

Ebensowenig verwunderlich ist es, daß ihr dabei ihre dem parlamentarischen Kretinismus verfallenen Handlanger, die modernen Revisionisten der D„K"P Schützenhilfe leisten, indem sie den Massen einzureden versuchen, daß man auf „parlamentarischem Wege zum Sozialismus" kommen könne. Wobei sie unter „Sozialismus" nichts anderes verstehen, als einen Kapitalismus, der sich ein „sozialistisches" Mäntelchen umgehängt hat.

Verwunderlich dagegen scheint es uns doch, wenn Leute, die vorgeben Marxisten-Leninisten zu sein, wie die Führer der „Gruppe Rote Fahne Dortmund", die sich anmaßend „KPD" nennt, uns in ihrem Zentralorgan Nr. 44 als „im antileninistischen Sinne prinzipialistisch" (was immer das sein mag) bezeichnen. Und warum? Weil es in einem regionalen Flugblatt unserer Partei zu den Wahlen in Bayern und Hessen hieß:

„Die Wahrheit ist dagegen: Die Politik wird nicht im Parlament, in der bundes- oder landtäglichen Schwatzbude gemacht, sie wird bestimmt, gemanaged in den Konzernbüros, den Ausschüssen, den Direktionsetagen der Großbanken. Wahlen dienen lediglich dazu, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen. (...) Deshalb ruft die KPD/ML Euch auf: Boykottiert diese Wahl! Stimmt ungültig!"

Lenin als antileninistisch zu bezeichnen, das blieb der GRFD vorbehalten. – Nun gut, wir verstehen ja, daß diese quer durch die Botanik vom „Links"- zum Rechtsopportunismus vom Trotzkismus zum Revisionismus agierenden „selbsternannten Berufsrevolutionäre" sauer waren, daß wir ihre, wörtlich so „wichtigen Wahlen", in Bayern und Hessen nicht so recht zu würdigen wußten, und statt ihnen die Stimme zu geben, zum Wahlboykott aufriefen. Wir wollen ihnen auch nicht vorwerfen, daß sie es waren, die anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl die Wahl boykottierten und wie die D„K"P-Revisionisten unsere Wahlplakate zerstörten. Immerhin übten sie – ein wahres Wunder in der Geschichte ihrer Organisation – Selbstkritik. Nicht wegen der Zerstörung unserer Wahlplakate, sondern wegen ihrer Nichtbeteiligung an den Wahlen. Das braucht sie doch aber nicht zu veranlassen – vorausgesetzt, sie wollten sich ernsthaft danach richten – den Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen.

Es ist richtig, wie der GRFD-Genosse Heuler feststellte: „Die Einsicht in die Notwendigkeit des parlamentarischen Kampfes heißt weiter keineswegs, daß wir unter allen Umständen an bestimmten Wahlen teilnehmen werden. Dies ist eine taktische Frage und sie hängt von einer ganzen Reihe von Bedingungen ab." Aber es ist schon der „letzte Heuler", wenn die „Rote Fahne" das Mittel des Wahlboykotts auf die Situation „wenn die unmittelbaren Vorbedingungen für den Übergang zum bewaffneten Kampf gegeben sind" (RF Nr . 44) zu beschränken versucht.

Damit gibt die GRFD doch zu erkennen, daß sie der Meinung ist, daß unter den heutigen sich ständig verschärfenden Bedingungen des Klassenkampfes, eine revolutionäre, eine wahrhaft marxistisch-leninistische Partei, die sie doch vorgibt zu sein, nicht nur die Fünf-Prozent-Klausel überspringen könnte, sondern auch unverboten von der Bourgeoisie bis zum Ausbruch des bewaffneten Kampfes im Parlament wirken könnte. Da kann man nur sagen: Vorwärts auf dem Weg des parlamentarischen Kretinismus, näher D„K"P zu dir. Dabei liegt die besondere Gefährlichkeit dieser versteckten, dieser Neorevisionisten darin, daß sie teils Richtiges sagen, revolutionär tönen, sich auf Marx und Lenin, auf das ruhmreiche Erbe der KPD berufen und die Volksrepublik China loben, um so besser in der Praxis ihre revisionistische (teils auch trotzkistische) Linie verbreiten zu können.

Nun, wir können der Gruppe Rote Fahne Dortmund nicht verbieten, sich „KPD" zu nennen und sich auf Marx und Lenin zu berufen. Wir können ihnen nur mit Lenin antworten: **„Man kann ihnen das nicht verbieten, wie man einer Handelsfirma nicht verbieten kann, ein beliebiges Etikett, ein beliebiges Aushängeschild, eine beliebige Reklame zu benutzen. Es ist in der Geschichte oft**

genug so gewesen, daß die Namen revolutionärer Führer, die bei den unterdrückten Klassen populär waren, nach dem Tode dieser Führer von ihren Feinden ausgenutzt wurden, um die unterdrückten Klassen irrezuführen." (Lenin Bd. 21, S. 115). Dies trifft haargenau auf die Revisionisten aller Schattierungen zu.

Der bürgerlich-parlamentarische Wahlschwindel

Beschäftigen wir uns als Marxisten-Leninisten mit der Frage der Wahlen, so können wir uns nicht auf irgendwelche Rezepte verlassen, sondern müssen die konkreten Bedingungen untersuchen, unter denen sie stattfinden. Was prinzipiell von Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten zu halten ist, hat uns Lenin gesagt, nämlich: **„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im**



Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN.

Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken."

Dennoch hat unsere Partei der Frage der Wahlen stets als eines der Mittel im politischen Kampf, aber eben nur eines, da z. B. jeder Massenstreik im Klassenkampf von größerer Bedeutung ist als eine bürgerliche Wahl, die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Seit ihrer Gründung hat sie sich in dieser oder jener Form, sei es durch den Aufruf zum aktiven Wahlboykott, sei es durch die Aufstellung eigener Kandidaten an ihnen beteiligt. Dabei hat sie in ihrer revolutionären Agitation und Propaganda stets den bürgerlichen Wahlschwindel entlarvt, hat sie unter den Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution propagiert, ihren Nutzen für das Volk klargemacht und ihre Unvermeidbarkeit nachgewiesen.

Niemals aber wären wir wie die GRFD, die uns angesichts dieser prinzipienfesten Haltung Sektierertum vorwirft, auf die rechtsopportunistische Masche verfallen, die Massen mit dem Wahlspeck bürgerlicher Versprechungen ködern zu wollen, ihnen zu versprechen, man würde dies und jenes für sie tun, wenn sie einem die Stimme gäben. Das heißt doch nichts anderes als die Massen zu betrügen, da man von vornherein weiß, daß man nicht in den Landtag einziehen wird. Das heißt doch die parlamentarischen Illusionen der Massen zu züchten anstatt sie abzubauen. Das heißt doch glatt die Hauptaufgabe leugnen, die Kommunisten im Parlament zu erfüllen haben:

„Wir Kommunisten gehen in das bürgerliche Parlament, um auch von dieser Tribüne des durch und durch verfaulten kapitalistischen Systems den Betrug, der an den Arbeitern und werktätigen Massen verübt wird, zu enthüllen." (Lenin Bd. 31, S. 256).

Diese Aufgabe erfüllen, diese Möglichkeit des Kampfes nutzen zu können, setzt natürlich voraus, daß überhaupt die Chance besteht, daß wir als Kommunisten ins Parlament kommen. Aber gerade da liegt ja der Hase im Pfeffer. Nicht umsonst hat die Bourgeoisie nach dem Krieg die Fünf-Prozent-Klausel geschaffen, die eine Partei überspringen muß, wenn sie ins Parlament kommen will. Doch das ist es ja gar nicht allein. Ihr alle kennt die Steine, die uns die Bourgeoisie bei einer direkten Teilnahme an der Wahl in den Weg legt: Die Verweigerung von Versammlungsräumen, die Entlassung der von uns aufgestellten Kandidaten aus ihren Betrieben, die Verfolgung und die Festnahme unserer Flugblattverteiler, Polizeiüberfälle auf Agitationstrupps und -stände usw. usf. Die Wahlgesetzgebung bevorzugt von Anfang an die etablierten bürgerlichen Parteien. Und außerdem kostet ein Wahlkampf Geld, Geld, über das zwar die Bourgeoisie in ausreichendem Maße, nicht aber wir verfügen.

Eines müssen wir klar erkennen. Was hat sich z. B. gegenüber der Zeit Lenins im zaristischen Rußland geändert? Zwar gab es auch schon damals eine bürgerliche Presse, doch konnten viele Menschen, Arbeiter und Bauern nicht lesen, und die, die lesen konnten, hielten sich keine Tageszeitung, da sie sie nicht bezahlen konnten. Es gab weder Rundfunk noch Fernsehen. Das heißt, daß die Bourgeoisie mittels dieser Medien das Volk kaum beeinflussen konnte. Das heißt, vorrangig war die mündliche Agitation und Propaganda. Hier aber hat der Revolutionär genauso einen Mund wie der Reaktionär, und sein Vorteil ist, daß er viel enger mit den Massen verbunden ist. Dies ist neben dem besonders hohen Grad der Ausbeutung und Unterdrückung, einer der Gründe mit, warum bisher gerade in wenig entwickelten kapitalistischen Staaten die Revolution siegte.

Es kann im Kapitalismus keine „Demokratie", keine Freiheit für die Werktätigen geben. Je höher die kapitalistische Gesellschaft sich entwickelt, je „demokratischer" sie sich in diesem oder jenem Lande gibt, desto raffinierter sind die Mittel der Bourgeoisie zur geistigen Versklavung der Werktätigen. Dazu verfügt sie über eine große Zahl wirksamer Massenmedien und Propagandamittel, so da sind: Film, Funk, Fernsehen, die Presse, die bürgerliche Schule, Kultur und Kunst, die Religion, die Verbreitung der verschiedenen opportunistischen und scheinsozialistischen Strömungen durch ihre Agenturen in der Arbeiterklasse usw.

Die Diktatur der Bourgeoisie

Die sogenannte bürgerliche Demokratie, das, was sie „Rechtsstaat" nennen, den wir, wie sie gerade dieser Tage laut tönen, verteidigen sollen, ist, da sie sich auf die Verhältnisse der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stützt, nichts anderes als die Diktatur einer Klasse, die der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Die im Grundgesetz, der Verfassung, verankerten sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Rechte sind nur eine formale Sache, da die Werktätigen kaum die Möglichkeit haben sie auszunutzen. Schon Lenin sagte:

„Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- und Pressefreiheit, die ‚Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz' – und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, bei Verstößen gegen ‚Ruhe und Ordnung' – in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt' und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten – Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen." (Lenin Bd. 28, S. 243).

Das, was sich bei uns Verfassung nennt, das Grundgesetz, hält nicht nur „Hintertürchen", es hält bereits Scheunentore offen. Man braucht dabei gar nicht an die Notstandsgesetze denken, die es der Bourgeoisie erlauben, jederzeit „ganz legal" ihre offene faschistische Diktatur zu errichten. Es genügt sich die dort verkündeten Rechte und Freiheiten anzuschauen, um festzustellen, was davon zu halten ist. So heißt es: „Art. 1 (Schutz der Menschenwürde) ...In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden", oder „Art. 4 (Glaubens- und Bekenntnisfreiheit) ...Das Nähere regelt ein Bundesgesetz", oder „Art. 5 (Meinungs- und Pressefreiheit) ...Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze", oder „Art. 8 (Versammlungsfreiheit) ...kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden" usw. usf. Was man vorn als Recht verkündet, stößt man hinten per Gesetz wieder um.

Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß es kein abstraktes, über den Klassen stehendes Recht gibt. Wissen wir, daß dort, wo die Lakaien der kapitalistischen Ausbeuterklasse Recht sprechen, es kein Recht für die Ausgebeuteten geben kann. Aber man sollte doch wenigstens erwarten, daß sich die beamteten Lakaien der herrschenden Klasse, die Richter und Staatsanwälte, nach ihren eigenen Gesetzen richten.

Wie bekannt und durch die Zulassung zur Bürgerschaftswahl in Hamburg bestätigt, handelt es sich bei der KPD/ML um eine nach dem Grundgesetz zugelassene Partei. Sie hat nach Artikel 21 des Grundgesetzes das Recht, sich frei zu gründen – was sie Ende 1968 tat – und an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre innere Ordnung entspricht höchsten demokratischen Grundsätzen, nämlich dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.



Genosse Ernst Aust an der Spitze der Demonstration während der Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

Eines aber ist genau so klar. Wie schon aus dem Namen unserer Partei, KPD/Marxisten-Leninisten, hervorgeht, folgen wir den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus.

So heißt es in der programmatischen Gründungserklärung unserer Partei klipp und klar:

„Die KPD/ML steht fest auf dem Boden der revolutionären Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung.

Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes."

Alle Handlungen unserer Partei, all ihre Veröffentlichungen – wie auch die am Donnerstag zur Anklage stehende – basieren auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Will aber das Gericht den Marxismus-Leninismus verbieten, so verbietet sie unsere Partei. Das aber kann keinesfalls die Aufgabe eines Richters am Amtsgericht sein. Denn über die Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet einzig und allein das Bundesverfassungsgericht. So steht es jedenfalls im Grundgesetz Artikel 21.

Was aber schert sie schon ihr eigenes Grundgesetz. Da heißt es z. B. in Artikel 5: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. (...) Eine Zensur findet nicht statt." Lächerlich. Wie in faschistischen Staaten gibt es bei uns eine Pressezensur. Nur mit dem Unterschied, daß in diesen Staaten die Zensur vorher, während sie bei uns im Nachhinein durch die Verurteilung des Presseverantwortlichen und des Verlegers erfolgt.

Wie recht hatte doch Lenin als er sagte: **„Die jetzige ‚Versammlungs- und Pressefreiheit' in der ‚demokratischen' (bürgerlich-demokratischen) deutschen Republik ist Lug und Trug, denn in Wirklichkeit bedeutet sie die Freiheit für die Reichen, die Presse zu kaufen und zu korrumpieren, die Freiheit für die Reichen, das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslügen betrunken zu machen..."**

Sie mögen uns bitte nicht mit den blöden Argumenten kommen, auch eine Partei, eine Zeitung habe sich nach den geltenden Strafgesetzen und Vorschriften zu richten. Wir haben den Mitgliedern unserer Partei nie die Anweisung gegeben, bei Rot über die Kreuzung zu gehen oder silberne Löffel zu stehlen. Darum handelt es sich gar nicht. Wenn sie damit aber die Gesetze meinen, mit denen sie ständig die demokratischen Rechte des Volkes einzuschränken versuchen, Gesetze, nach denen sie uns verurteilen, die sie als terroristisches Mittel benutzen, um die legale Tätigkeit unserer Partei einzuengen, lahmzulegen, sie praktisch zu verbieten, so sagen wir ihnen: wir werden diese Art faschistischer Sondergesetze wieder und wieder mißachten, wir werden ihrem Beschlagnahme-, ihrem Polizei- und Justizterror, ihrer konterrevolutionären Gewalt, die sie gegen uns ausüben, mit der revolutionären Gewalt der Entrechteten und Unterdrückten antworten!

Sie sagen, keine Freiheit für die Feinde unserer Verfassung, unserer „freiheitlich-parlamentarischen Demokratie". Wir antworten ihnen mit Lenin:

„Wir haben der Bourgeoisie gesagt: Ihr Ausbeuter und Heuchler sprecht von Demokratie, aber zugleich legt ihr der Teilnahme der unterdrückten Massen an der Politik auf Schritt und Tritt tausende Hindernisse in den Weg. Wir nehmen Euch beim Wort und fordern im Interesse dieser Massen die Erweiterung eurer bürgerlichen Demokratie, um die Massen auf die Revolution vorzubereiten, um euch Ausbeuter zu stürzen."

Mit Lenin fahren wir fort: **„Und wenn ihr Ausbeuter versuchen solltet, unserer proletarischen Revolution Widerstand zu leisten, so werden wir euch erbarmungslos niederschlagen, werden euch entrechten, mehr noch: wir werden euch kein Brot geben, denn in unserer proletarischen Republik werden die Ausbeuter rechtlos sein. Feuer und Wasser wird ihnen entzogen werden, denn wir sind im Ernst Sozialisten und nicht im Scheidemann'schen und Kautsky'schen Sinne."**

Und wir fügen hinzu: All ihre Gewalt, all ihr Terror, die sie heute gegen uns ausüben, jede Folter, jeder Mord an einem Revolutionär, einem Genossen, sei es Günter Routhier, sei es Holger Meins und allen, die dann noch kommen werden, wird gerächt werden. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Dann gilt: Diesen Herrn keine ehrlichen Flinten, einen Strick um den Hals, einen Tritt von hinten.

Verächtlichmachung des Staates und seiner verfassungsmäßigen Ordnung lautet die gegen uns erhobene Anklage. Ich frage Euch, Kollegen, Genossen, kann man überhaupt eine Herrschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und den Staat als Instrument der Ausübung ihrer Herrschaft, verächtlich machen? Das kommt doch auf den Standpunkt an.

Sicher, für den kapitalistischen Staat und seine beamteten Lakaien mag es absolut verständlich und durchaus nicht ehrenrührig sein, Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und wenn sich diese zu wehren beginnen, sie mittels seiner Machtorgane zusammenzuknüppeln, einzusperren, totzuschlagen oder auch langsam zu Tode foltern zu lassen. Schließlich werden sie dafür ja bezahlt. Und wie sich Hyänen und Schakale sicher für die Blüte des Tierreichs halten, preist das kapitalistische Gangstersyndikat seinen sogenannten „Rechtsstaat", seine bürgerlich-parlamentarische Ordnung als die höchste Errungenschaft.

Nur daß eben diese Ausbeuterordnung nicht die Ordnung ist, die wir, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Millionenmassen des werktätigen Volkes wollen. Wir wollen unsere eigene, die sozialistische Ordnung, den Staat der Arbeiterklasse, der, wie Lenin sagt und wie das chinesische und albanische Beispiel zeigen, millionenmal demokratischer ist, als die „demokratischste" bürgerliche Republik. Deshalb stehen wir übermorgen vor Gericht. Deshalb will man uns einsperren. Und da wagt es noch der Bundesjustizminister, dieser komische Vogel, zu behaupten: „In der Bundesrepublik Deutschland wird niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder Überzeugung verfolgt oder gar in Haft gehalten." Goebbels würde vor Neid erblassen.

Freunde, Kollegen, Genossen!

Wie wir wissen, bedeutet jeder Staat Gewaltanwendung. Der ganze Unterschied aber liegt eben darin, ob diese Gewalt gegen die Ausgebeuteten oder gegen die Ausbeuter angewandt wird, ob sie sich gegen die Klasse der Werktätigen und Ausgebeuteten richtet.

Angesichts der allgemeinen weltweiten Krise des Kapitals, der wachsenden Inflation, der steigenden Arbeitslosigkeit, verschärft auch die Bourgeoisie in der Bundesrepublik ihren Terror, ihre Gewalt. Wie weit sie dabei zu gehen bereit ist, haben wir am Mord an dem RAF-Genossen Holger Meins gesehen. Die Absicht dabei ist klar: mit Drohung und Druck die Arbeiterklasse, die Revolutionäre und alle fortschrittlichen Menschen einzuschüchtern. Kommt ja nicht auf die Idee, unserer Herrschaft Widerstand zu leisten. Dann ergeht es euch wie Günter Routhier, wie Holger Meins.

Doch sie haben die Rechnung ohne den Wirt, die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei, die KPD/ML gemacht. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Ein neues 1933 wird es nicht geben. Was die Errichtung ihrer faschistischen Herrschaft betrifft, steht die Frage so: Entweder wird die Revolution die Errichtung des Faschismus verhindern, oder der Faschismus und Krieg werden die Revolution auslösen.

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!
Vorwärts mit der KPD/ML!
Für die Errichtung der Diktatur des Proletariats!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Berufsverbotsdrohung für GFA-und GDCF Vorsitzende

Zwei Vorstandsmitglieder der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. (GFA) und ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft (GCDF) Reutlingen werden mit Berufsverbot bedroht. Dieser Schritt, die Tätigkeit in den Freundschaftsgesellschaften als „verfassungsfeindlich" zu klassifizieren, stellt den Versuch des bürgerlichen Staatsapparates dar, die Gesellschaften zu illegalisieren und bedeutet einen schwerwiegenden Angriff auf die wachsende Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern Chinas und Albaniens.

In einer Presseerklärung der GFA heißt es: „Der Vorsitzenden des Vorstands, der Lehrerin Inge Junck, wurde vorerst die Ernennung zur Beamtin auf Lebenszeit versagt, da ihre Verfassungstreue noch überprüft werden soll. Schwerpunkt der Gründe für dieses Vorgehen ist nach einem Schreiben des bayerischen Innenministerium die Tatsache, daß Frau Junck Vorstand der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. ist. Mit ähnlicher Begründung wurde die Aufnahme der stellvertretenden Vorsitzenden, der angehenden Lehrerin Dagmar Rosskopf, in den Referendardienst abgelehnt. (...) Warum diese Angriffe auf die Berichterstattung über Albanien? Albanien ist ein sozialistisches Land, ein Land, das aus Elend und Unterentwicklung heraus aus eigenen Kräften den Sozialismus aufbaut. Es hat sich dabei gegen jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten gewehrt, sei es aus kapitalistischen Ländern oder aus den Ländern, (...) die Albanien als revisionistisch bezeichnet. Und Albanien hat bei seinem sozialistischen Aufbau große Erfolge erzielt. **Mit den angedrohten Berufsverboten sollen nun diejenigen, die über die Wirklichkeit im sozialistischen Albanien berichten, eingeschüchtert und damit eine umfassende Information verhindert werden."**

In dem Beschluß des Baden-Württembergischen Innenministeriums zur Überprüfung des Reutlinger GDCF Vorsitzenden Uwe Zellmer auf Verfassungstreue heißt es: „Seit 1972 ist Herr Zellmer in Reutlingen Vorsitzender eines Komitees für deutsch-chinesische Freundschaft, welches 1973 in „Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft" umbenannt wurde. Der von dem Komitee bzw. der Gesellschaft behandelte Stoff läßt erkennen, daß die Vereinigung de in der Volksrepublik herrschenden politischen Ideologie freundschaftlich verbunden ist."' In einer Presseerklärung der GDCF Reutlingen heißt es dazu: „Allerdings ist die GDCF Reutlingen e.V. mit dem chinesischen Volk und seiner Volksrepublik freundschaftlich verbunden, wie anders könnte sie sonst ehrlicherweise ihren Namen führen. In ihrer Arbeit hat die GDCF Reutlingen e.V. über China weiter informiert unter Einbeziehung des Sozialismus in der Volksrepublik China auf der Grundlage des Programms unserer Gesellschaft. **Denn den Sozialismus in China zu verschweigen hieße, China zu verfälschen, ein Schritt, der für keinen, der an der Wahrheit über die Volksrepublik interessiert ist, angeht. Durch das angedrohte Berufsverbot seitens des Staates soll eben diese Wahrheit unterdrückt werden."**

Beide Gesellschaften haben aufgerufen, sie in ihrem Kampf gegen diese Angriffe des bürgerlichen Staatsapparates zu unterstützen. Die GDCF Reutlingen hat in Reutlingen und Tübingen innerhalb von 14 Tagen 250 Unterschriften gegen das gegen Uwe Zellmer angedrohte Berufsverbot gesammelt. Auch die Referendarkollegen von Uwe Zellmer haben sich solidarisiert. In ihrer Protestresolution heißt es: „...bedeutet in ihrer Konsequenz eine Verschärfung des Radikalenerlasses und eine existenzbedrohende Maßnahme. Die Lehrer sollen mit diesem Vorgehen auf antisozialistische Positionen und gegen Völkerverständigung festgelegt werden." Auch fast die gesamte Mannschaft des Fußballamateurvereins SSV Reutlingen, in der Uwe Zellmer spielt, hat eine Protestresolution unterschrieben.

WEG MIT DEM BERUFSVERBOT GEGEN INGE JUNCK, DAGMAR ROSSKOPF UND UWE ZELLMER!

HÄNDE WEG VON DER GFA UND DER GDCF!

ES LEBE DIE DEUTSCH-CHINESISCHE UND DIE DEUTSCH-ALBANISCHE FREUNDSCHAFT!

Antwort der Schüler auf Zwangsbeurlaubung der Genossin Eva H.

"Wir wollen unser Fräulein weiterbehalten!"

„Wir protestieren, daß Frau H. wegen politischen Gründen entlassen wird. Wir wollen unser Fräulein weiterbehalten." Über 200 Kinder der Volksschule des Dorfes Aindling bei Augsburg haben bisher solche selbstangefertigen Unterschriftenlisten unterschrieben. Weder der Rektor, der ihnen über Schullautsprecher verbietet, Flugblätter mit nach Hause zu nehmen, noch der Schulrat, der droht, alle Schüler aus Eva H.'s Klasse in ein strenges Verhör zu nehmen, können sie einschüchtern.

Was war passiert? Nachdem bereits vor einigen Wochen der kommunistische Werk- und Zeichenlehrer Reinhard W. aus seiner Schule, ebenfalls in einem Dorf in der Nähe Augsburgs entlassen wurde, sollte jetzt auch die Genossin Eva H. auf die Straße gesetzt werden, weil sie Sympathisantin der KPD/ML ist.

Die schwäbische Regierung behauptet, mit diesen Berufsverboten gegen kommunistische Lehrer entspreche sie den Wünschen der Eltern. Wen sie in Wirklichkeit auf ihrer Seite hat und wen nicht, zeigte sich in Aindling ziemlich deutlich. Auf ihrer Seite waren die Rektoren, der Schulrat, der Dorfpolizist und eine Handvoll reaktionärer Lehrer. Und die Eltern?

Viele von ihnen kamen auf eine Elternversammlung der Schule nur, um über die Entlassung von Eva H. zu reden. Sie forderten den Rektor zu einer Stellungnahme auf; der aber verweigerte, so bedrängt, jeden Kommentar. 15 Eltern gingen daraufhin mit Eva in eine Kneipe, um weiter zu beraten. Sie setzten eine Protestresolution an die Regierung mit folgendem Text auf: **„Die hier unterzeichneten Eltern vertreten mit Nachdruck, daß die geplante Entlassung der Lehramtsanwärterin Eva H. nicht vorgenommen wird. Wir sind überzeugt, daß unsere Kinder in dieser kurzen Zeit gute Fortschritte in ihrem Unterricht erzielt haben. Ihr wird vorgeworfen, im Juni und Juli dieses Jahres den „Roten Morgen" verkauft zu haben. Wir sehen darin keinen Anlaß, sie als Lehrerin unserer Kinder abzulehnen."** Nicht nur die anwesenden Eltern unterschrieben diese Resolution, sondern diese organisierten, daß am nächsten Tag Mütter in die Nachbardörfer fuhren, um alle Eltern der Klasse zu erreichen. Und alle unterschrieben.

Im Falle von Reinhard W. war es ähnlich. Hier kamen auf eine Versammlung im Dorf 60 Eltern, Schüler und Lehrerkollegen. Auch für ihn unterschrieben viele Schüler, sowie die Mitglieder einer Jugendgruppe des Dorfs, um die er sich längere Zeit gekümmert hatte.

Diese Berufsverbote wurden auch in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bekannt gemacht. Die GEW Augsburg ist „offiziell" gegen die Berufsverbote und auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften. Auch hier zeigte sich jetzt, wie die Tatsachen aussehen: Die GEW-Führung in Augsburg gab zunächst vor, man wolle ja etwas tun, aber die reaktionären CSU-Eltern auf den Dörfern... Auf einer GEW-Veranstaltung dann versuchten sie, den Versammelten das Recht abzusprechen, eine Protestresolution zu verabschieden und weitere Maßnahmen zu beraten.

Reinhard W. erhielt inzwischen sein vorläufiges Entlassungsschreiben. Eva H. ist zwangsbeurlaubt worden. Sie darf die Schule nicht mehr betreten und erhält nur die Hälfte ihres Gehalts. Die „Gründe", die die Regierung für die Entlassung der beiden gefunden hat, empörten viele aufs Neue. So heißt es z.B. unter Punkt 3 des Schreibens an Reinhard W., daß im Juni bei MAN in Augsburg Flugblätter beschlagnahmt wurden, die über die Beschlagnahmung der ROTEN MORGEN zur Ermordung des Genossen Günter Routhier berichteten. „Anläßlich dieser Aktion fanden die Polizeibeamten in unmittelbarer Nähe des Verteilungsortes eine Plastiktüte mit weiteren Flugblättern und einem Großkuvert." Mit diesem Kuvert wurden Reinhard Zeitschriften aus der VR China geschickt. Ein Grund für seine Entlassung!

Im Entlassungsschreiben an die Genossin Eva wird als ein Punkt aufgeführt, daß ihr Mann, der sich aktiv für die KPD/ML einsetzte, bei einer Elternversammlung anwesend gewesen sei!

Am 5.11. wurden die Eltern der Schüler von Eva H. selbst Augenzeugen des Terrors, mit dem die Regierung gegen die Lehrerin, die sie für ihre Kinder wünschen, vorgeht. An diesem Tag war mit einem Flugblatt zu einer Versammlung aufgerufen worden, zu der alle Eltern, Schüler und Lehrerkollegen eingeladen worden waren. Kurz vorher wurde bekannt, daß der Rektor für den gleichen Tag und die gleiche Zeit ebenfalls zu einer Versammlung aufrief, um so die Front zu spalten. Um dagegen vorzugehen, beschlossen die Eltern, die zu weiteren Kampfmaßnahmen bereit waren, zusammen mit Eva auf diese Versammlung zu gehen. Hier wurde die Genossin sofort vom Rektor angeschrieen, sie solle gehen. Als sie stattdessen zu den Eltern zu sprechen begann, holten Rektor und Schulrat die Polizei. Zivile und uniformierte Polizisten brachten sie trotz der Empörung vieler Eltern aus dem Saal.

Die Zwangsbeurlaubung von Eva H., nachdem alle Eltern ihrer Klasse durch ihre Unterschrift bestätigt hatten, daß sie diese Lehrerin behalten wollten, diese gewaltsame Entfernung von Eva aus einer Elternversammlung haben einer Reihe von Eltern gezeigt, daß man mit Unterschriften und Resolutionen allein seine Interessen gegen den kapitalistischen Staatsapparat nicht durchsetzen kann. Das ist nur möglich, wenn sich Eltern, Schüler und Lehrer im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen.

Frankfurt:

Türkische Genossen in Hungerstreik getreten

Am 18.11.1973 wurde der türkische Patriot Himmet Subasi in Frankfurt verhaftet. Diese Verhaftung war offensichtlich ein Komplott des westdeutschen Imperialismus mit dem türkischen Geheimdienst MIT: das Bundeskriminalamt und politische Polizei von Frankfurt „fanden" einer „vertraulichen Mitteilung folgend" im Wagen von Subasi Waffen und Sprengstoff. Ein Vierteljahr später wurde Yildirim Dagyeli in Saarbrücken verhaftet. Beide sitzen seitdem unter anderem wegen des Verdachtes der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" im Frankfurter Untersuchungsgefängnis Preungesheim. Die Verfolgungswelle gegen türkische Patrioten hat seitdem nicht abgenommen. So wurden im Mai dieses Jahres mehrere türkische Patrioten in Köln verhaftet.

Das Ermittlungsverfahren gegen die beiden türkischen Genossen wurde bereits im Mai dieses Jahres abgeschlossen. Trotzdem wird die Untersuchungshaft immer weiter fortgesetzt. Es ist offensichtlich, daß die Bourgeoisie hier wie zum Beispiel auch bei den Genossen der RAF Angst vor einem solchen Prozeß hat.

Aus Protest gegen die Verschleppung des Prozesses sind die beiden Genossen am 18.11.74 in den unbefristeten Hungerstreik getreten. In einer Erklärung des Genossen Dagyeli heißt es unter anderem: „Mein Hungerstreik ist zugleich eine Solidaritätserklärung mit dem gerechten Widerstand aller anderen politischen Gefangenen in Westdeutschland, die sich zur Zeit im Hungerstreik gegen die Vernichtungshaft und Isolationsfolter befinden und aus ihren Reihen das erste Opfer gegeben haben. (..) Wir lassen uns aber nicht einschüchtern. Wir fordern, daß wir entweder sofort vor Gericht gestellt oder auf freien Fuß gesetzt werden. (..) Der Kampf gegen Faschismus und Imperialismus ist nicht durch Folterung und Einkerkerung der politischen Gefangenen von Seiten der Justiz aufzuhalten."

Die ATÖF unterstützt den Kampf der beiden Patrioten und Antifaschisten unter den Parolen:

SOFORTIGE FREILASSUNG VON DAGYELI UND SUBASI UND ALLEN ANDEREN TÜRKISCHEN PATRIOTEN!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN ALLE PATRIOTEN AUS DER TÜRKEI!

WEG MIT ISOLATIONSFOLTER UND VERNICHTUNGSHAFT!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Die Partei wird diesen Kampf aktiv unterstützen. Auch andere deutsche und ausländische Organisationen werden sich in die Solidaritätsfront einreihen.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN:

Am 15. 11. fand in München ein Prozeß gegen Genossen Peter K. wegen „Hausfriedensbruch" statt (wegen „Hausfriedensbruch" waren im Februar sämtliche Zuschauer der Verhandlung gegen Genossen Klaus Kercher auf dem Gerichtsflur festgenommen worden). Genosse Peter entlarvte in seiner „Erklärung zur Sache", daß auch mit diesem Prozeß das Wüten der Justiz gegen die Rote Antikriegstagsdemonstration 1972 weitergeht. Bei diesem Teil der Erklärung ließen Richter und Staatsanwalt abwechselnd 5 Äußerungen des Genossen für weitere Strafverfolgung protokollieren, so z. B. als Genosse Peter „Unterdrückerstaat" sagte oder „die Klassenjustiz ist volksfeindlich". Schließlich wurde ihm einfach das Wort entzogen. Mit einem Strafverfahren wurde auch dem Verteidiger des Genossen gedroht, als er sagte, daß „in bestimmten Prozessen gegen bestimmte Teile der Öffentlichkeit die Öffentlichkeit systematisch eingeschränkt wird". Um weiteres Material gegen den Genossen zu sammeln, beschlagnahmte Staatsanwalt Wahl in der Pause schließlich die Unterlagen des angeklagten Genossen. Als er die gewünschten Unterlagen nicht fand, fragte er in der nächsten Pause den Verteidiger, ob er schriftliche Unterlagen des Angeklagten in seiner Tasche habe. Aus reiner Schikane gegen den angeklagten Genossen schließlich, der aus Reutlingen zu diesem Prozeß in München heranreisen mußte, wurde das Verfahren mitten im Plädoyer abgebrochen und auf die nächste Woche vertagt.

MÜNCHEN:

Weil Genosse Franz P. ein Flugblatt zum Prozeß gegen den Rotgardisten Sascha Haschemi verteilte, den die bürgerliche Klassenjustiz mit der Verurteilung in einem Antikriegstagsprozeß gleichzeitig ins faschistische Persien abschieben will, erhielt er vor einiger Zeit einen Strafbefehl über 800 DM oder zwei Monate Gefängnis. Genosse Franz beantragte die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand, weil er den Strafbefehl während seiner Urlaubszeit erhalten hatte, also keinen Einspruch einlegen konnte. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und bestätigte den Strafbefehl.

MÜNCHEN:

Bei einer Demonstration gegen den NPD-Parteitag in München am 12. 10. 74 waren vier Genossen festgenommen worden. Einer von ihnen, Genosse Hans Marzini, Mitglied der GRF, wird bis heute in Untersuchungshaft gehalten. Nachdem ihm in seinem Betrieb nach dem 2. Haftprüfungstermin fristlos gekündigt worden war, dient dem Gericht nun diese Arbeitslosigkeit des Genossen als „Grund" für die Aufrechterhaltung der U-Haft. Eine weitere Genossin war erst nach mehrwöchiger Haft wieder freigelassen worden.

WESTBERLIN/DARMSTADT/ FRANKFURT:

Ein Teil der verschärften Isolierungsmaßnahmen, mit denen die Bourgeoisie auf den Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Isolationsfolter antwortet, ist die Einschränkung ihres Briefverkehrs. So erhielt die Genossin Brigitte Mohnhaupt die Nummern 42, 43 und 44 des ROTEN MORGEN nicht mit der Begründung, es würden darin „wahrheitswidrige und grob entstellende Behauptungen" über die Zustände in den Haftanstalten verbreitet. Ein Gefangener in Frankfurt erhielt nach Beendigung seiner U-Haft am 1. 11. keine einzige Nummer des ROTEN MORGEN mehr und einem Gefangenen in Darmstadt schließlich wurde der ROTE MORGEN verweigert mit der Begründung, darin würden die Gefangenen zur Solidarität aufgerufen und „es besteht die Möglichkeit, daß sich der gewöhnliche Gefangene als politischer Gefangener begreift, (...), damit ist die Gefahr gegeben, daß Sicherheit und Ordnung der Anstalt gestört werden."

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Kambodscha/ Vietnam.. Bevölkerung verstärkt Kampf gegen die USA und ihre Marionettenregierungen

Die Marionettenregimes des US-Imperialismus in Indochina, die Thieu-Clique in Saigon und die verräterische Lon Nol-Bande in Phnom Penh, geraten in immer größere Schwierigkeiten. In Kambodscha werden die Gebiete, die Lon Nol kontrolliert, immer schmaler und die Versuche der Thieu-Clique in Vietnam, nach dem Pariser Abkommen weiterhin die befreiten Gebiete zu überfallen, werden energisch zurückgeschlagen. Vor allem aber erheben sich die Volksmassen in den Gebieten, die von den US-Marionetten kontrolliert werden, zu großen Kämpfen, um endgültig diesen Regimes der grausamen faschistischen Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens hat die Thieu-Clique halsstarrig ihre Kriegspolitik fortgesetzt, ungeachtet des Wunsches der südvietnamesischen Bevölkerung nach Frieden und nationaler Einheit. Aus Furcht, immer mehr Menschen könnten in die befreiten Gebiete fliehen und aus Angst vor den Aktionen des Volkes hat die Thieu-Bande große Teile der Bevölkerung in den Vorstädten und in den ländlichen Gebieten in große Konzentrationslager gesperrt, die von Militär bewacht werden. Immer mehr Bauern werden in diese Lager gebracht und daran gehindert, zu ihrer Arbeit auf die Felder zurückzukehren.

Als Ergebnis davon ist die landwirtschaftliche Produktion in den Gebieten des Thieu-Regimes ständig weiter herabgesunken und der Getreidemangel ernsthaft gestiegen.

Insbesondere in der Provinz Trung Bo hungert die Bevölkerung. Von den mehr als 534 800 Menschen in den vier Distrikten von Thuan Thien haben mehr als 21 000 nichts zu essen. In Cuang Tin, Phu Yen, Cuang Ngai und Binh Dinh leben 30 % der Bevölkerung von zwei Mahlzeiten am Tag. Die eine davon besteht aus einem wässrigen Mehlbrei. 5-10 % der Bevölkerung bekommt nicht einmal diesen Mehlbrei. 60 % der Menschen in der Stadt Da Nang müssen ebenfalls von zwei Mahlzeiten täglich leben. 30 % der Saigoner Bevölkerung leben unter ähnlichen Bedingungen und weitere 10 % leben ständig am Rande des Hungertodes. In einigen Städten ist eine ganze Anzahl Menschen vor Hunger gestorben.

Noch tragischer ist die Lage der Menschen in den Konzentrationslagern um Da Nang, Long Kanh und Binh Tuy. Wenn sie ihre wenigen Kilogramm rationierten Reis aufgebraucht haben, haben viele Häftlinge keine Nahrung mehr: sie haben kein Geld, um auf dem Schwarzmarkt Reis zu kaufen und es ist ihnen verboten, das Lager zu verlassen, um nach Wurzeln zu graben.

Die Thieu-Bande aber nutzt diese Lage aus und hat sich auf die Reisspekulation gestürzt. Das verschärft natürlich die Situation in den Gebieten, die ihrer Kontrolle unterstehen, noch mehr. Die Menschen in diesen Gebieten haben inzwischen eine Volksfront gegen den Hunger und für die Rettung der Nation gegründet, um gegen den Hunger zu kämpfen. Bei verschiedenen Demonstrationen und Aktionen gegen das Thieu-Regime hat diese Volksfront bereits tausende Menschen mobilisiert.

In allen Gebieten, die noch dem Regime Thieus unterstehen, wächst der Widerstand der Bevölkerung gegen die verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen der Thieu-Clique. Am 22. September demonstrierten 12 000 Menschen in der Provinz Binh Thuan gegen die Konzentrationslager. Sie selbst waren in Konzentrationslager eingesperrt gewesen, hatten die grausame Ausbeutung und Unterdrückung nicht länger ertragen können und machten sich auf den Weg in ihre Dörfer zurück. Dabei führten sie eine gewaltige Demonstration durch. Große Plakate wurden getragen, auf denen die Konzentrationslager und die grausame Ausbeutung der Thieu-Bande verurteilt wurden. Sie riefen: „Widersetzt euch der grausamen Politik der USA und der Thieu-Clique!"

Im Distrikt Thang Binh, in der Provinz Quang Nam kämpften mehrere tausend Menschen mit Hacken und Stangen gegen die Steuereintreibung und die Errichtung von Festungen. Gegen die Ermordung einer unschuldigen Frau durch die Saigoner Truppen protestierten am 8. Oktober 10 000 Menschen. Sie forderten die sofortige Bestrafung der Verbrecher. Welche Maßnahme die Thieu-Clique auch trifft, um ihr Regime aufrechtzuerhalten: Überall stößt sie auf immer heftigeren Widerstand der vietnamesischen Volksmassen. Der Tag, an dem das vietnamesische Volk sich von dieser Marionette des US-Imperialismus befreit haben und den Norden und den Süden wiedervereinen wird, rückt unweigerlich näher.

Die kambodschanische Nachrichtenagentur berichtet, daß das kambodschanische Volk immer größere Siege erringt bei der Befreiung des Landes. In einem Artikel wird ein Rückblick gegeben auf die errungenen Siege des Volkes und seiner Streitkräfte während der letzten viereinhalb Jahre, seit dem reaktionären Staatsstreich des US-Imperialismus und seiner verräterischen Lon Nol-Bande im Jahr 1970. Wurden 1970 schon 70 % befreit, so waren es in den folgenden 75, 85 und 90 %. Heute sind über 90 % des Landes befreit. Die weiten befreiten Gebiete verwandelten sich in ein zusammenhängendes Gebiet, während das Land, das sich noch unter der zeitweiligen Kontrolle der Verräter befindet, verstreuten Inseln gleicht, die den ständigen Angriffen und der Belagerung durch das Volk und seine Streitkräfte ausgesetzt sind.

Der Artikel hebt hervor, daß der breit angelegte Luftkrieg der US-Imperialisten in Kambodscha völlig gescheitert ist. Die US-Imperialisten haben es in der Vergangenheit nicht geschafft, die Verräterclique in Phnom Penh zu retten, und noch weniger wird es ihnen jetzt gelingen. Die verräterische Lon Nol-Clique befindet sich in dem Zustand der Auflösung und ist in jeder Hinsicht dem Zusammenbruch nahe. Auf militärischem Gebiet unternahmen die Verräter die größten Anstrengungen, um in der Regenzeit dieses Jahres Angriffe zu unternehmen. Aber sie unterlagen völlig. Auf politischem Gebiet sind die Verräter außerordentlich isoliert sowohl im Innern als auch im Ausland.

Die Erfolge in den befreiten Gebieten aber sind groß. Zu einer Zeit, da der US-Imperialismus und die ganze kapitalistische Welt eine große ökonomische Krise durchmacht und die Verräterclique in Phnom Penh in ökonomischer und finanzieller Hinsicht auf dem besten Weg ist, völlig zusammenzubrechen, und nur noch allein durch die Unterstützung des US-Imperialismus existieren kann, entwickelt sich die Wirtschaft in den befreiten Gebieten Kambodschas enorm. Das kambodschanische Volk erlangte nicht nur wirtschaftliche Selbständigkeit, sondern ist auch in der Lage, seine internationalen Abkommen zu erfüllen.

Während der letzten Regenzeit allein kamen 40 000 Menschen in Kambodscha in die befreiten Gebiete. In den Gebieten unter der Lon Nol-Bande führten sie wie viele Leute aus allen Schichten der Bevölkerung ein elendes Leben. Sie haben zu leiden unter der dauernden Abwertung der Währung, den steigenden Preisen und unter Reismangel. Durch den Hunger bis über die Grenzen des Ertragbaren gepeinigt von der Herrschaft der Lon Nol-Clique, gehen mehr und mehr Menschen in die befreiten Gebiete. Andere führen in den Gebieten des Lon Nol-Regimes einen heftigen Kampf zur Befreiung des Landes.

Das kambodschanische Volk, heißt es in dem Artikel der kambodschanischen Nachrichtenagentur, ist ein tapferes Volk. Es hat ausgezeichnete Streitkräfte, eine sich entwickelnde Wirtschaft und eine unabhängige und souveräne politische Linie. Es wird sicherlich zu 100% den Sieg erringen und Phnom Penh und ganz Kambodscha befreien.

Japan: Massendemonstrationen gegen Fordbesuch

Am Vorabend des Besuches des amerikanischen Präsidenten Ford steigt in Japan die Protestwelle immer höher an. In Tokio und in anderen großen Städten des Landes finden seit Wochen Demonstrationen statt, auf denen die Annulierung des Besuches von Ford sowie die Auflösung der amerikanischen Militärstützpunkte in Japan gefordert wird.

Mit Ford betritt zum erstenmal ein amerikanischer Präsident japanischen Boden. Bereits 1960 versuchte Präsident Eisenhower mit einem Besuch in Japan den Einfluß des US-Imperialismus in Asien zu demonstrieren. Doch als der Präsident sich schon auf den Philippinen zur Anreise befand, mußte der Besuch im letzten Augenblick aus Sicherheitsgründen abgesagt werden: Massendemonstrationen von Hunderttausenden Japanern gegen den damals abgeschlossenen amerikanisch-japanischen „Sicherheitsvertrag" hatten ihm einen zu großen Schrekken eingejagt.

Auch heute noch kämpfen die japanischen Volksmassen gegen diesen „Sicherheitsvertrag". Sie wollen weder die amerikanische noch die sowjetische Supermacht als „Schutzherren", als Vorherrscher in Asien. Diese Bewegung der Volksmassen gegen den US-Imperialismus erhielt vor wenigen Wochen einen besonderen Auftrieb durch eine „Panne" im amerikanischen Kongreß. Dort hatte ein US-General vor einer Kommission offen zugegeben, daß die US-Marine-Boote in den amerikanischen Militärbasen in Japan Atomwaffen an Bord hätten. Die japanische Regierung hatte das bisher stets gegenüber dem japanischen Volk geleugnet. Dies hat zu einer breiten Mobilisierung der Volksmassen in Japan geführt.

Am 21. Oktober hielten mehrere hunderttausend Arbeiter, andere Werktätige, Schüler und Studenten Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land ab. In Tokio führten 70 000 Menschen am Abend eine Massenkundgebung durch.

Auf der Kundgebung wurden Flugblätter verteilt, in denen hervorgehoben wurde, daß die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion die Sicherheit Japans bedroht. Das Volk wurde aufgefordert, den Abbau der amerikanischen Militärbasen zu verlangen und und von der Sowjetunion die Rückgabe der nördlichen Gebiete Japans zu fordern. Das Volk soll das Eindringen von US-Atombooten zurückweisen und dafür kämpfen, daß den sowjetischen Atomkriegsschiffen die Durchfahrt durch die Tsugaru- und Tsushuma-Straße verboten wird. Während der Kundgebung hielten einige Teilnehmer ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Leistet Widerstand gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte USA und Sowjetunion und unterstützt den patriotischen Kampf des koreanischen Volkes!" Nach der Massenversammlung demonstrierten die Teilnehmer in zwei großen Zügen durch die Innenstadt Tokios.

Inzwischen haben sich die Proteste gegen den Besuch Fords und gegen das Eindringen beider Supermächte in Asien verstärkt. Beinahe täglich finden im Land Demonstrationen und Kundgebungen statt. In Tokio wurden in die amerikanische Botschaft zwölf und in die Botschaft der sowjetischen Sozialimperialisten vier Sprengsätze geworfen, die an den Gebäuden Schaden anrichteten.

Doch die japanischen Imperialisten haben ihren festen Willen verkündet, den Besuch Fords stattfinden zu lassen, um die Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus zu fördern. **160 000 Polizisten wurden eigens von eingeflogenen CIA-Fachleuten zu einem „Sicherheitsnetz" organisiert, das Ford systematisch vor den wütenden Massen abschirmen und schützen soll, denn der Empfang in Japan wird gebührend sein: Allein in Tokio werden voraussichtlich über Hunderttausend Menschen auf die Straße gehen, um ihre Entschlossenheit zu zeigen, den US-Imperialismus aus Japan zu verjagen.**

Aus aller Welt

USA:

Die USA werden wie die ganze kapitalistische Welt durch machtvolle Streiks und Demonstrationen der breiten Volksmassen gegen Unterdrückung und Ausbeutung erschüttert. In den letzten Tagen ist es in den USA zu einer Anzahl von Streiks gekommen. Der wichtigste darunter war der von 120 000 Steinkohlekumpel die höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheitsmaßnahmen forderten. Die Kumpel haben gefordert, daß ihre Löhne in diesem Jahr um 8 % erhöht werden sollen. Durch den Streik sahen sich die Unternehmer gezwungen, 4.600 Schächte in 25 Staaten Amerikas stillzulegen. Dadurch wird die Steinkohlenförderung um 70 % sinken. Die Nachrichtenagenturen heben hervor, daß die ohnehin geschwächte Wirtschaft der USA dadurch einen weiteren Schlag erhalten werde. Dieser machtvolle Streik wirkt sich auch in den Stahlwerken, in den Autowerken usw. aus. Amerikanischen offiziellen Stellen zufolge wird durch diesen Streik die Stahlproduktion um 25 % sinken. Im Streikkampf sind in den Vereinigten Staaten inzwischen auch 20 000 Arbeiter der Stahlindustrie und der Eisenbahnen.

FRANKREICH:

Auch in Frankreich wächst die Streikwoge an. Der Streik der Postangestellten geht schon in die fünfte Woche. Polizeikräfte wurden von der Regierung gegen die Streikenden geschickt, die gewaltsam aus den Ämtern und aus der Umgebung der Verteilungszentren der Post ferngehalten werden, damit einzelne Streikbrecher ihre Arbeit verrichten können. In Metz wurde daraufhin eine Telefonzentrale schwer beschädigt. 300 Leitungen, vor allem der Gendarmerie und Polizeikommisariate, wurden durchgeschnitten. Bei den Arbeitern der Müllabfuhr, die ebenfalls in den Ausstand getreten sind, ist Militär eingesetzt worden, um den Streik zu sabotieren. Das hat die Empörung vieler Kollegen aus anderen Branchen hervorgerufen und die Solidarisierung unter den Arbeitern verstärkt. Im Streik stehen jetzt auch 20 000 Drucker, die Werktätigen bei den Pariser Zeitungen sowie viele Angestellte des französischen Rundfunks und Fernsehens. Am 29. November findet ein Generalstreik statt, der zu weiteren Streiks in anderen Branchen führen soll. Die Verbände von Lehrern, Bauern und Handwerkern haben sich bereits für nationale Aktionen ausgesprochen. Die Eisenbahner werden in der Zeit vom 18. bis 22. November in den Streik treten. Der Streik der französischen Werktätigen richtet sich gegen die Arbeitslosigkeit und für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

NORDIRLAND:

In einem Kommunique des Kommandos der nordirischen patriotischen Kräfte wird bekanntgegeben, daß auf Befehl dieses Kommandos eine Einheit der patriotischen Kräfte zwei Agenten der englischen Besatzungstruppen hingerichtet hat, die Informationen über die Patrioten sammelten und in den Armenvierteln von Derry tätig waren. Die beiden Agenten dienten im englischen Militärstützpunkt von Derry. Die englischen Besatzer hetzen ihrerseits immer wieder Terroristen auf die Einwohner, um so unter ihnen Panik hervorzurufen. Innerhalb von 24 Stunden führten Terroristen mehrere Terrorakte durch, wobei vier Personen getötet und viele weitere verwundet wurden.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Weg mit Vernichtungshaft und Isolationsfolter!

Fortsetzung von Seite 1

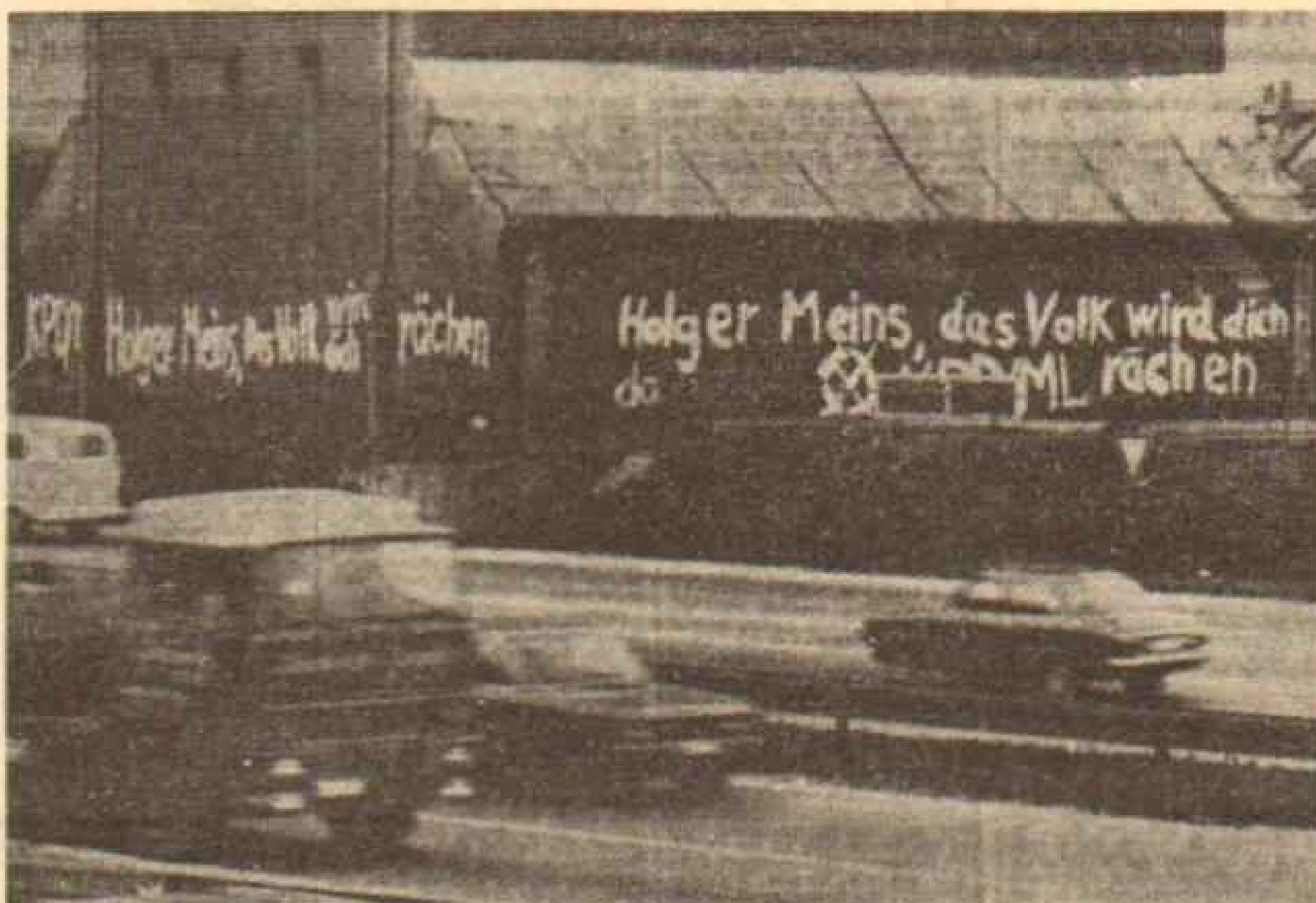
werktätigen Massen gestoßen sind. Darum auch immer wieder die Lüge, der bürgerliche Staatsapparat verfolge niemanden wegen seiner Gesinnung, sondern ausschließlich wegen „krimineller Gewalttaten". Daß dies eine Lüge ist, davon zeugen allein die zahllosen Verfahren, die gegen Flugblattverteiler und -verantwortliche, gegen den Verleger und den verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN laufen. **Alle diese laufenden Verfahren und die bereits verhängten Urteile beruhen auf der Tatsache, daß die Genossen die marxistisch-leninistische Linie unserer Partei und damit ihre eigene kommunistische Gesinnung verbreitet haben.**

Die kernigen Sprüche der bürgerlichen Politiker, „Antiterrorismus-Hetze" und die Abstempelung von Revolutionären und revolutionären Organisationen als „kriminell" können über das tatsächliche Dilemma der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates nicht hinwegtäuschen. Die Vertreter des Kapitalistenstaates und die bürgerliche Presse versuchen mit allen Mitteln, die Fassade des „demokratischen Rechtsstaates" aufrechtzuerhalten, aber sie sind gleichzeitig durch die Verschärfung der Klassenkämpfe gezwungen, die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates voranzutreiben und nicht nur gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Bewegung sondern in immer stärkerem Maße gegen breite Teile der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes mit faschistischem Terror vorzugehen.

Das Volk spürt die schrittweise Verschärfung der politischen Unterdrückung am eigenen Leib. Nicht nur, was den direkten faschistischen Terror angeht, die Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter im Sommer 73, der ständig wachsende Polizeiterror bis hin zu zahlreichen von der Polizei verübten Morden. Die Arbeiter sehen, wie die Lehrer ihrer Kinder entlassen werden, wenn sie auf der Seite der Arbeiterklasse stehen. Verschärfte politische Unterdrückung auch im Betrieb. Nicht nur, daß Kommunisten und klassenkämpferische Kollegen Vertrauensleute, Betriebsräte aus politischen Gründen entlassen werden, bei steigenden Arbeitslosenzahlen wird den Kollegen immer häufiger gesagt, daß sie ihre Papiere holen können, wenn ihnen etwas nicht paßt. Auch in den Tarifbewegungen spüren die Kollegen die Verschärfung der Unterdrückung, wenn die nach den Profitinteressen der Kapitalisten von der Regierung ausgegebenen „Orientierungsdaten" völlig über die Köpfe der Arbeiter hinweg über Nacht als Tarifabschlüsse, die für die Kollegen Lohnabbau bedeuten, präsentiert werden.

Im Zeichen der sich verschärfenden Klassenwidersprüche ist die Bourgeoisie gezwungen, den Charakter ihres Staates als Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse offener zu Tage treten zu lassen, um sich der wachsenden Kämpfe der Werktätigen zu erwehren. Um ihre Herrschaft zu verteidigen, treibt sie die Faschisierung voran, aber mit der Verschärfung der politischen Unterdrükkung erkennen auch immer mehr Kollegen die Richtigkeit der von den kommunisten vertretenen Ansicht, daß auch die „demokratischste bürgerliche Demokratie" nur die Diktatur der Kapitalistenklasse ist und daß die Bourgeoisie, wenn sie ihre Herrschaft gefährdet sieht, keinen Moment zögert, die demokratischen Hüllen fallen zu lassen, um zu versuchen, eine offene terroristische faschistische Diktatur zur blutigen Niederhaltung der Arbeiterklasse zu errichten. **Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Faschisierung erkennen immer breitere Teile der Arbeiterklasse, daß der Weg, den die Kommunistische Partei weist, der gewaltsame Sturz der Kapitalistenklasse in der sozialistischen Revolution, der einzige Weg zur Verhinderung des Faschismus, der einzige Weg zum Sozialismus ist. Was die Bourgeoisie unternimmt, um den Vormarsch der Arbeiterklasse und des Sozialismus zu stoppen, beschleunigt gleichzeitig den Prozeß der Revolutionierung der werktätigen Massen.**

Darum versucht die Bourgeoisie, diesen Prozeß so lange wie möglich hinauszuzögern. Während sie die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreibt, ist sie gleichzeitig bemüht, die Glaubwürdigkeit ihrer Schlagworte von „Demokratie" und „Rechtsstaatlichkeit" zu erhalten. „Wehrhafte Demokratie" ist so ein Begriff, durch den die tatsächliche Faschisierung hinter die Maske des „demokratischen Rechtsstaats" gezwängt werden soll.



Parolen in vielen Städten der DBR, hier in Duisburg Kaiserberg

Die Anwendung der Vernichtungshaft und der Isolationsfolter ist ein für die Bourgeoisie wichtiger Bestandteil der Faschisierung. Der Faschismus hat die Aufgabe, die proletarische Revolution niederzuschlagen, was nicht geht, ohne die Kommunistische Partei zu zerschlagen, ihre Führer und Kader physisch und psychisch zu vernichten. Aber schon vor der Errichtung des Faschismus greift die Bourgeoisie zu Foltermethoden, um Revolutionäre zu brechen und zu liquidieren.

Die Bourgeoisie weiß: **ein Staat, der Foltermethoden anwendet – das ist in den Augen aller Werktätigen ein Unrechtsstaat, der nichts als Haß und Kampf verdient.** Darum versucht die kapitalistische Lügenpropaganda mit allen Mitteln, die seit dem Tod von Holger Meins vieltausendstimmig gegen den bürgerlichen Staatsapparat erhobene Anklage, mit Vernichtungshaft und Isolationsfolter die Liquidierung politischer Gefangener zu betreiben, zu entkräften: politische Gafangene gäbe es gar nicht – nur kriminelle Gewalttäter; Vernichtungshaft und Isolationsfolter – anarchistische Hetzlügen, in Wirklichkeit würden die RAF-Gefangenen bevorzugt behandelt.

Aber, wie schon gesagt: die Massen machen zunehmend ihre eigenen Erfahrungen mit diesem Staat als Unterdrükkungsinstrument der Kapitalistenklasse. Die Kundgebungen und Demonstrationen die Diskussionen in den Betrieben und Stadtteilen haben gezeigt, wie sehr die Menschen, die seit der Ermordung des Genossen Holger Meins häufig zum erstenmal gründlicher über die Terrorpraxis des bürgerlichen Justizapparates gegen die politischen Gefangenen erfahren haben, davon bewegt und darüber empört sind. **Und damit verbunden ist für viele die Frage, wie dem Terror der Bourgeoisie ein Ende gesetzt, wie der Faschismus verhindert, die Kapitalistenklasse gestürzt werden kann.** Die Hinrichtung Drenkmanns hat unter den Kollegen viele, auch viele harte Diskussionen provoziert. Sie ist nicht bei wenigen Kollegen auf entschiedene Ablehnung und große Unsicherheit gestoßen. Aber diese Diskussionen sind gut und nicht schlecht. Sie drehen sich um die Frage, die die Bourgeoisie auf keinen Fall diskutiert haben will, ob es richtig ist, wenn unsere Partei sagt, daß nur die gewaltsame Revolution die Kapitalistenherrschaft brechen, den Werktätigen den Weg zu einem Leben, frei von Ausbeutung und Unterdrückung ebnen kann. **Je mehr diese Frage diskutiert wird, desto mehr wird die marxistisch-leninistische Wahrheit der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution sich in der Arbeiterklasse durchsetzen.**

Der Hungerstreik der Gefangenen dauert an. Sie werfen ihr Leben in den Kampf. An ihrer Seite aber steht eine breite Front kämpferischer Solidarität, immer mehr Menschen erheben die Forderung:

WEG MIT VERNICHTUNGSHAFT UND ISOLATIONSFOLTER!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Aktionen gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins

Die Tatsache, daß in einem Gefängnis der Bundesrepublik ein politischer Häftling zu Tode gefoltert worden ist, rief große Unruhe unter der Bevölkerung hervor und wurde mit zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen beantwortet.

WESTBERLIN: Eine für den 11.11. angesetzte Demonstration in Westberlin wurde von der Polizei verboten. Trotzdem fanden in der ganzen Stadt Kundgebungen statt, deren Teilnehmer sich dann noch einmal am Kurfürstendamm sammelten. Insgesamt nahmen an diesen Demonstrationen mindestens 5 000 Menschen teil. Die Polizei ging äußerst brutal gegen die Demonstranten vor. So wurden zum Beispiel die U-Bahnstationen am Zoo und am Kudamm dichtgemacht, die Menschen die Aufgänge hinaufgetrieben und dort zusammengeschlagen. Sogar der Westberliner „Tagesspiegel" berichtet von Polizeiüberfällen mit Wasserwerfern und Knüppeleinsatz gegen an den Straßen wartende Passanten. Bei dieser Demonstration wurden zehn Menschen festgenommen, gegen die sofort wegen „schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Landfriedensbruch" Haftbefehl ausgestellt wurde. Am 14.11. demonstrierten hier erneut rund 8 000 Menschen, darunter viele unorganisierte. Eine Versammlung in der TU Westberlins mit 5 000 Teilnehmern verurteilte in einer Resolution die „Sonderbehandlung" der politischen Gefangenen.

In **STUTTGART** fand am 8.11.74 eine spontane Demonstration vor dem Haus des für Genossen Holger Meins zuständigen Richters Prinzing statt. Am 15. 11. wurde eine Kundgebung mit 150 – 200 Teilnehmern abgehalten. Am Samstag sprachen Redner der Partei auf kleineren Kundgebungen, die auf großes Interesse bei der Bevölkerung stießen.

FRANKFURT: Bereits am Sonntag, den 10.11. demonstrierten 1 000 Menschen gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins unter den Parolen: „Rache den Mördern von Holger Meins! Kämpft die politischen Gefangenen frei!" Diese Parolen wurden auch entlang der Demonstrationsroute auf der Zeil gemalt, mehrere Fensterscheiben von Gerichtsgebäuden wurden eingeworfen. Am 13.11. gingen 3 000 Demonstranten auf die Straße und riefen unter anderem die Parolen: „Kampf der Isolationsfolter! Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!" Die Partei führte vor der Demonstration Kundgebungen auf der Zeil durch.

MARBURG: Am 11.11. mittags folgten 200 Studenten der Marburger Universität einem Demonstrationsaufruf des KSB/ML und des „K"SV. Nachmittags führten die ROTE HILFE und die Partei Kundgebungen vor den Betrieben und in der Innenstadt durch. Die Diskussionsbereitschaft der Bevölkerung war groß. Eine Frau spendete sogar 20 DM.

HEIDELBERG: In Heidelberg demonstrierten am 11.11. 500 – 1 000 Leute. Genossen, die ein Flugblatt der Partei verteilten, berichten, daß die Bevölkerung positiv reagierte.

MÜNCHEN: Hier wurde am 11.11. auf dem Stachus eine Kundgebung abgehalten. Die Reaktion der Bevölkerung war positiv, so meinte eine Frau zu einem Flugblattverteiler: „Die reden immer von KZs im Ausland, die sollen erst mal vor der eigenen Tür kehren." Im Anschluß an die Kundgebung zogen die Genossen zum Bahnhof und hielten dort eine Kurzkundgebung ab. Polizisten bedrohten hier die Genossen mit Maschinenpistolen, fünf Genossen wurden festgenommen. Die Bevölkerung war empört über dieses brutale Vorgehen der Polizei.

In **MANNHEIM** demonstrierten am 14.11. 250 Personen.

Rund 150 Menschen versammelten sich am 11.11. in **BOCHUM** zu einer Kundgebung. Am 13.11. fand eine Demonstration von 700 Personen statt, zu der zahlreiche Organisationen aufgerufen hatten.

In **DORTMUND** hatte die ROTE HILFE am 16. 11. zu einer Demonstration aufgerufen. Im Anschluß an die Demonstration, an der rund 80 Menschen teilnahmen, wurden zwei Genossen festgenommen und brutal zusammengeschlagen.

In **BIELEFELD** wurden am 11.11. fünf Kundgebungen in der Innenstadt abgehalten, an denen rund 200 Menschen teilnahmen.

In allen Städten, in denen es Parteiorganisationen gibt, wurden Flugblätter verteilt und fanden kleinere Kundgebungen statt, die mit dem Verkauf des ROTEN MORGEN verbunden waren. Genossen aus Friedrichshafen berichten, daß sie innerhalb von zwei Stunden 10 – 12 dieser ROTER MORGEN verkauften und 60 Unterschriften gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins sammelten. Aus mehreren Städten erreichten den Vertrieb des ROTEN MORGEN bereits am Samstag, dem Erscheinungstermin des ROTEN MORGEN, Anrufe, daß die normale Ortsauflage bereits verkauft sei.

Parteiveranstaltungen

Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der Befreiung der Volksrepublik Albanien – Albanien, Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

BIELEFELD:

29.11., 19.00 Uhr, Gaststätte „Neue Börse", Jöllenbecker/Mellerstr.

BREMEN:

27.11., 18.00 Uhr, Keglerheim Bremen Walle, Auguststraße.

Ausstellung: 22. – 24.11., jeweils, 9.00 – 13.00 und 16.00 – 21.00 Uhr Ort: Kleiner Sitzungssaal der Stadthalle.

FREIBURG:

29.11. 19.00 Uhr, Gaststätte „Fortuna," Baselerstraße.

FRANKFURT:

1.12. 19.00 Uhr, Gaststätte „Alter Fritz, Hoechst, Königsteinerstraße.

KARLSRUHE:

25.11., 19.00 Uhr, Clubraum des ASV Daxlanden, Karlsruhe-Daxlanden, Kornweg/Salzstraße.

Ausstellung: Am gleichen Ort, ab 19.00 Uhr.

MARBURG:

16.11., 20.00 Uhr, Filmveranstaltung Gaststätte „Erlenhof" Am Erlenweg.

„Die Jugend – aktive Kraft beim Aufbau des Sozialismus". 30.11. 20.00 Uhr am gleichen Ort.

„Planmäßige Verbesserung des Lebensstandards wie im sozialistischen Albanien oder Arbeitslosigkeit und Teuerung? " 15.11., 20.00 Uhr, „Bräustübl" Biegenstraße.

„Bauernlegen im Kapitalismus – blühende Entwicklung der Landwirtschaft in Albanien." 22.11., 20.00 Uhr, am gleichen Ort.

NÜRNBERG:

24.11., 19.00 Uhr, Gaststätte „Lindenwurm", Gugelstraße 127.

MÜNSTER:

22.11., 20.00 Uhr, Gaststätte „Burggraf", Universitätsstraße.

„Gesundheitswesen im sozialistischen Albanien", 28.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Jellentrup.

STUTTGART:

Großveranstaltung: 30.11., 16.00 Uhr Gaststätte „Friedenau", Rothenbergstraße

„Reisebericht über Albanien mit Diavortrag", 23.11., 16.00 Uhr, am gleichen Ort.

GIESSEN:

Ausstellung: 24.11. 17.00 Uhr, Saalbau Wieseck; 19.00 Uhr: Beginn der Filmveranstaltung.

HANNOVER:

29.11., 19.00 Uhr, „Im kühlen Bier."

SCHWEINFURT:

25.11. 19.30 Uhr, „Wallbräukeller", Nähe Stadtbahn.

Weitere Parteiveranstaltungen:

FRANKFURT:

Veranstaltung zur Ermordung des Genossen Holger Meins, 22.11., 19.00 Uhr Gaststätte „Alter Fritz", Hoechst, Königsteinerstraße.

BESTELLSCHEIN



An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.............................

Beruf.............................

Postleitzahl/Ort.............................

Straße.............................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/ 41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/ 44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/ 462 60 18., Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr